

## **Die Berlin-Frage als Problem der Politik der Siegermächte von 1944-1948**

In der Deutschlandpolitik der Großmächte \*) hat Berlin seit dem Zweiten Weltkriege eine besondere Stellung eingenommen. Gleichwohl muß betont werden, daß der Sonderfall Berlin Teil des Gesamtproblems unseres nationalen Schicksals ist und eine Lösung der Berlin-Frage ohne eine Lösung der Deutschland-Frage undenkbar erscheint. Ihre Anfänge reichen zurück in eine Zeit, in der das Schicksal Deutschlands als das einer selbständigen Großmacht als besiegelt anzusehen, der Krieg jedoch noch keineswegs beendet war. Nach dem Fehlschlagen des Versuchs, die Sowjetunion in einem kurzen Kriege als Machtfaktor auszuschalten, und infolge der Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten von Amerika war Deutschland in einen Krieg mit beinahe der ganzen Welt geraten, in dem ein voller Sieg an allen Fronten ausgeschlossen sein mußte. Eine Kriegskoalition von Mächten mit höchst verschiedenen Traditionen und Kriegszielen war entstanden, welche wohl durch das gemeinsame Interesse an einer Niederwerfung Deutschlands zusammengehalten wurde, die aber unfähig war, wenigstens Grundzüge einer gemeinsamen Nachkriegspolitik zu erarbeiten.

Diese Gegensätzlichkeit, die oft nur notdürftig überbrückt werden konnte, war bekanntlich die Ursache der Hoffnungen, die Adolf Hitler selbst noch in der verzweifeltsten Lage auf einen wenigstens partiellen Endsieg setzte. Als Präsident Roosevelt im April 1945 plötzlich verstarb, meinte Hitler, eine Wiederholung des Mirakels des Hauses Brandenburg erleben zu dürfen, eine Errettung aus einer hoffnungslos gewordenen Lage, wie sie Friedrich dem Großen durch den plötzlichen Tod der Kaiserin Elisabeth von Rußland im Jahre 1762 zuteil geworden war.

Die allgemeine Einschätzung des Verhältnisses zwischen den Koalitionspartnern durch Hitler war nicht völlig falsch; er überschätzte jedoch die Aussichten, die sich dadurch für ihn und seine politischen Ziele ergaben. Weder Präsident Roosevelt noch sein Amtsnachfolger Truman haben auch nur einen Augenblick an eine Verständigung mit Hitler oder einer anderen Regierung Deutschlands gedacht; auch der Erste Minister Großbritanniens, Churchill, war von einem solchen Gedanken weit entfernt, wenn er auch mit Sorge der zu erwartenden Ausdehnung der Macht der Sowjetunion entgegenblickte<sup>1)</sup>. Die Sowjetregierung andererseits hat zwar mehrfach un-

\*) Vortrag, gehalten am 19. Dezember 1962 im Rahmen des Studium generale der Universität Gießen.

1) Er hatte eine Zeitlang zu den hartnäckigsten Vertretern einer Aufteilung Deutschlands und einer endgültigen Abtretung der deutschen Gebiete ostwärts der Oder an Polen und die Sowjetunion gehört, bekam aber seit Anfang 1945 ernste Bedenken, als ihm klar wurde, daß eine solche Lösung zu einer Beherrschung des Kontinents durch die Sowjetunion führen könnte.

verblümt dem Verdacht Ausdruck gegeben, die angelsächsischen Staaten seien hinter ihrem Rücken zu einer illoyalen Absprache mit Deutschland bereit oder doch mindestens fähig<sup>2)</sup>; sie muß sich aber spätestens nach der faktischen Preisgabe Polens durch die Westmächte darüber im klaren gewesen sein, daß sie eine solche Entwicklung nicht zu fürchten brauchte. Man wird annehmen dürfen, daß gewisse Maßnahmen der Sowjetregierung, die bei den Westmächten die Befürchtung bestehen ließen, Stalin könnte sich, wie 1939 schon einmal, plötzlich mit Hitler verständigen, überwiegend dem Zwecke dienen, Roosevelt und Churchill zum Nachgeben in Fragen zu zwingen, die mit Deutschland höchstens mittelbar zu tun hatten<sup>3)</sup>.

Die Entscheidungen, die unser heutiges Schicksal bestimmen, sind seit dem Jahre 1943 herangereift. Die Niederlage von Stalingrad im Frühjahr, die Landung der Westmächte in Nord-Afrika im Herbst 1943 ließen erkennen, daß die Offensivkraft der deutschen Wehrmacht gebrochen war<sup>4)</sup>. Freilich stand noch ein harter und verlustreicher Krieg bevor. Aber gerade weil dem so war, sahen sich die Mächte der Koalition veranlaßt, ihre Kriegsanstrengungen zu koordinieren und sich, soweit das möglich schien, auf Kosten Deutschlands zu einigen, um diesem die Möglichkeit der Option für Ost oder West zu nehmen. Schon auf der Konferenz von Teheran im November 1943<sup>5)</sup> erlebte Stalin die Genugtuung, daß die Westmächte einen von ihm schon 1941 in die Diskussion gebrachten Gedanken aufgriffen, der eine Teilung Deutschlands, eine Ausdehnung der Sowjetunion nach Westen und eine Verschiebung Polens von Ost nach West auf Kosten Deutschlands vorsah<sup>6)</sup>.

Während sich in der Folgezeit das amerikanische Außenministerium solchen Plänen entschieden widersetzte<sup>7)</sup>, entwickelte Roosevelts Finanzminister Henry Morgenthau jr., angeregt durch das

2) So schon im Zusammenhang mit der Forderung nach schnellster Bildung einer zweiten Front auf dem europäischen Festland.

3) Vgl. hierzu die treffenden Bemerkungen bei B. MEISSNER: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943—1945, 21954 (= Abhandlungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, 5), S. 11 ff.

4) Hitler war damals freilich noch davon überzeugt, daß er die zu erwartende Invasion im Westen zurückschlagen könne und gerade dadurch erneut die Initiative gewinnen würde.

5) 28. November bis 1. Dezember 1943. Bei dieser Konferenz traten Stalin, Roosevelt und Churchill das erste Mal zu gemeinsamen Beratungen zusammen.

6) Vgl. die Darstellungen bei MEISSNER, a. a. O., S. 27 ff., und bei E. DEUERLEIN: Die Einheit Deutschlands, Band I. Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941—1949. Darstellung und Dokumente, 21961, S. 36 ff. Dazu: W. S. CHURCHILL: Der Zweite Weltkrieg, V. Band: Der Ring schließt sich. 2. Buch: Von Teheran bis Rom (1952).

7) Hull und die leitenden Beamten des State Department traten zwar für eine Verstärkung des föderativen Prinzips in Deutschland ein, waren aber davon überzeugt, daß es keine starken Kräfte in dem zu erobernden Lande gebe, welche den Gedanken einer Teilung aufnehmen würden. Vgl. dazu: PH. E. MOSELY: Die Friedenspläne der Alliierten und die Aufteilung Deutschlands. Die alliierten Verhandlungen von Jalta bis Potsdam (in: Europa-Archiv, 5. Jg., 1950, S. 3032 ff.).

Studium der Konferenzprotokolle von Teheran<sup>8)</sup> und beraten von seinem Assistenten Harry Dexter White<sup>9)</sup>, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Kommunist war, einen Plan<sup>10)</sup>, der nicht nur die Aufteilung Deutschlands, sondern auch dessen Umwandlung in ein Agrarland vorsah. Wohl gelang es Morgenthau, auf der 2. Konferenz von Quebec<sup>11)</sup> im September 1944 die grundsätzliche Zustimmung Roosevelts und Churchills für seine Absichten zu gewinnen<sup>12)</sup>. Indessen traten Außenminister Hull und andere einflußreiche amerikanische Politiker<sup>13)</sup>, unterstützt von Teilen der amerikanischen Presse<sup>14)</sup>, so energisch für eine vernünftigeren und menschlichere Lösung der Deutschland-Frage ein, daß der Plan als Ganzes bald fallengelassen werden mußte. Auch britischer Widerstand machte sich alsbald geltend<sup>15)</sup>, so daß Roosevelt unsicher wurde<sup>16)</sup>. Das Ergebnis war, daß die erste Phase der amerikanischen Besatzungspolitik, geformt nach der Direktive 1067 der Vereinigten Stabschefs (JCS)<sup>17)</sup>, wohl noch vom Geist des Morgenthau-Plans beeinflusst war, daß aber die amerikanische Deutschlandpolitik nicht unwiderruflich auf ihn festgelegt wurde. Immerhin bestand noch auf der Konferenz von Jalta Anfang 1945<sup>18)</sup> die übereinstimmende Auffassung, Deutschland müsse aufgeteilt werden<sup>19)</sup>; die drei Mächte bildeten sogar eine Zerstückelungskommission<sup>20)</sup>, die allerdings keine Vorschläge machte. Wenig später traten alle drei Regierungen von ihren Teilungsabsichten zurück, hauptsächlich wohl deshalb, weil es keine Teilungspläne gab, welche die Billigung aller finden konnten.

Inzwischen waren aber Entscheidungen gefallen, welche sich eigentlich nur auf die technische Form der Besetzung Deutschlands

8) Die ihm während einer Europareise im Sommer 1944 in London zugänglich gemacht wurden.

9) Er starb überraschend im Jahre 1948, nachdem ein solcher Vorwurf gegen ihn erhoben worden war.

10) H. MORGENTHAU JR.: *Germany is Our Problem*, New York 1945. — Vgl. dazu: *Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta 1945*, Washington 1955, S. 134 ff. — H. FEIS: *Churchill, Roosevelt, Stalin. The War They Waged and the Peace They Sought*. Princeton (N. Y.), 1957, S. 365 ff. — G. MOLTSMANN: *Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg*, 1958, S. 121 ff.

11) 11.—19. September 1944.

12) Vgl. dazu: H. FEIS: a. a. O., 369 ff. — SIR L. WOODWARD: *British Foreign Policy in the Second World War (= History of the Second World War)*, London 1962, S. 471 ff.

13) Neben Hull vor allem Stimson. Selbst Harry Hopkins scheint zu den Kritikern gehört zu haben.

14) Welche am 21. September 1944 von den Vorgängen unterrichtet wurde.

15) Über die Beurteilung durch englische Fachleute vgl. SIR L. WOODWARD, a. a. O., S. 473.

16) H. FEIS, a. a. O., S. 372.

17) Zuerst veröffentlicht in: *Department of State Bulletin*, vol. XIII, 1945, S. 596 ff.

18) 4.—11. Februar 1945.

19) Ergebnis der 2. Plenarsitzung am 5. Februar 1945. In den *Foreign Relations* (a. a. O.) sind zwei Protokolle abgedruckt (Bohlen, S. 611, Matthews, S. 624).

20) Ebd., S. 657, 700 ff., 709, 875, 936, 947.

nach der Beendigung der Feinseligkeiten bezogen hatten, die jedoch infolge des Ausbleibens politischer Entscheidungen allmählich selbst zu politischen Entscheidungen wurden. Schon auf der Moskauer Konferenz im Oktober 1943<sup>21)</sup> hatten die Außenminister der drei Mächte eine Europäische Beratende Kommission gebildet<sup>22)</sup>, die in London tagte und Anfang 1944 ihre Arbeiten aufnahm. Am Ende des Jahres trat ihr auch Frankreich bei<sup>23)</sup>. Sie sollte die engste Zusammenarbeit zwischen den Regierungen bei der Behandlung europäischer Fragen für die Zeit nach dem Kriegsende gewährleisten<sup>24)</sup>. Die Kommission war ein Beratungsorgan, dessen Mitglieder nach Weisungen ihrer Regierungen handelten. Die Regierungen hatten dann den Beratungsergebnissen zuzustimmen<sup>25)</sup>.

In bezug auf Deutschland waren drei Fragenbereiche zu klären: Die Unterwerfung Deutschlands, die Aufteilung des Landes in Okkupationszonen und schließlich die Kontrolle des Reiches nach seiner Unterwerfung<sup>26)</sup>. Die von Roosevelt schon am 24. Januar 1943 in Casablanca verkündete Formel des Unconditional Surrender<sup>27)</sup> wurde Ausgangspunkt der Überlegungen und Beschlüsse. Eine Kapitulationsurkunde wurde entworfen, nach der die deutschen Vertreter nicht nur namens des Oberkommandos der Streitkräfte, sondern auch namens der Reichsregierung bedingungslos zu kapitulieren hatten<sup>28)</sup>. Zugleich sollte darin die Anerkennung einer künftigen Zerstückelung Deutschlands enthalten sein<sup>29)</sup>. Diese Urkunde wurde später allerdings nicht benutzt, und aus der Tatsache, daß die Kapitulation nur namens der deutschen Wehrmacht ausgesprochen wurde, entstand eine völkerrechtliche Problematik, die unentwirrt geblieben ist<sup>30)</sup>. Die bloße Tatsache, daß alliierte Militärbefehlshaber Regierungsgewalt in einem Lande ausübten, welches sie lediglich im Rah-

21) 28. Oktober bis 1. November 1943.

22) Die Kommission wurde auf Vorschlag von Eden gebildet. Sie bestand aus Strang (UK), Winant (USA) und Gusev (UdSSR); später trat Massigli für Frankreich bei. Über das Wirken der EAC vgl. SIR L. WOODWARD, a. a. O., S. 476 ff.

23) 27. November 1944.

24) Communiqué in: A Decade of American Foreign Policy. Basic Documents 1941—1949. 81st Congress, 1st Session, Senate. Washington 1950, S. 9 ff.

25) Vgl. dazu: E. DEUERLEIN, a. a. O., S. 60 ff.

26) Ebd., S. 60.

27) Hierzu: H. FEIS, a. a. O., S. 109 ff. SIR L. WOODWARD (a. a. O., S. XLIX f.) verteidigt neuerdings die Formel unbedingt und behauptet, der Fehlschlag des Aufstands vom Juli 1944 habe in keiner Beziehung zu dieser Forderung gestanden; sie habe auch die nationalsozialistische Herrschaft über Deutschland nicht verlängert.

28) Text in: Foreign Relations, a. a. O., S. 113 ff.

29) Dieser Zusatz zum Artikel 12 wurde in Jalta beschlossen. Text in: Foreign Relations, a. a. O., S. 978.

30) Auch die Benutzung der ursprünglich vorgesehenen Urkunde hätte daran grundsätzlich nichts ändern können, da eine Kapitulation nur von Streitkräften, niemals jedoch von Staaten ausgesprochen werden kann. Kurze Zusammenfassung des Problems der alliierten Deutschlandpolitik und ihrer Rechtswirkung bei F. FAUST: Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung, 1959, S. 53 ff.

men einer occupatio bellica hätten verwalten dürfen<sup>31)</sup>, zeigt, daß maßgebende Männer auf seiten der Siegermächte nur höchst unklare Vorstellungen von ihren Rechten und Pflichten gehabt haben können.

Von allen Arbeiten der Kommission sind die Beschlüsse über die Abgrenzung der Besetzungszonen und die Schaffung von Kontrollorganen die weitaus bedeutendsten<sup>32)</sup>. Die Pläne für die Besetzung Deutschlands wurden auf Grund eines britischen Vorschlags beraten, der in modifizierter Form angenommen wurde, nachdem eine Anregung General Eisenhowers, ganz Deutschland durch gemischte Verbände aller Siegermächte besetzen zu lassen, nicht aufgegriffen worden war<sup>33)</sup>. Die Zoneneinteilung schuf die technischen Voraussetzungen einer möglichen Sonderentwicklung der einzelnen Teile Deutschlands, die, wenn sie eintreten sollte, Berlin in eine schwierige Lage bringen mußte. Der Sowjetunion wurde eine östliche, Großbritannien eine nordwestliche, den Vereinigten Staaten eine südwestliche Zone zugesprochen, während die Reichshauptstadt allen Besetzungsmächten gemeinsam unterstellt wurde. Diese entscheidende Bestimmung lautet:

„Das Gebiet von Berlin (unter dieser Bezeichnung wird verstanden das Gebiet von Groß-Berlin, wie es im Gesetz vom 27. April 1920 bestimmt worden ist) wird gemeinsam von Streitkräften der USA, des Vereinigten Königreiches und der UdSSR, vertreten jeweils durch ihre Oberbefehlshaber, besetzt“<sup>34)</sup>.

Auch Berlin wurde in Besatzungssektoren eingeteilt. Jedoch wurde der Status der Stadt nicht dem Status des in Besetzungszonen gegliederten Deutschlands nachgebildet. In demselben Protokoll wurde bestimmt, daß der Berliner Raum von einer interalliierten Behörde gemeinsam zu verwalten sei. Die Ernennung ihrer Mitglieder als Kommandanten der Stadt war den jeweiligen Oberbefehlshabern in Deutschland zugewiesen.

Das Protokoll, am 12. September 1944 von den Mitgliedern der Europäischen Beratenden Kommission einstimmig beschlossen und am 14. November durch ein ergänzendes, die hier in Frage kommenden Tatbestände jedoch nicht berührendes Abkommen modifiziert<sup>35)</sup>, wurde, wie nach dem Statut der Kommission notwendig, von den Regierungen gebilligt, wobei die Vereinigten Staaten schon am 4. Dezember und Großbritannien am 5. Dezember 1944 beitraten, während die Sowjetunion ihren erfolgten Beitritt am 6. Februar 1945 bekannt-

31) Geregelt durch die Haager Landkriegsordnung in der Fassung von 1907.

32) Abdruck in: Foreign Relations, a. a. O., S. 118 ff., S. 124 ff.

33) D. D. EISENHOWER: Crusade in Europe, Garden City (N. Y.), 1950, S. 218.

34) Abdruck in: Foreign Relations, a. a. O., S. 120. Im Abkommen über den Kontrollrat wird Berlin in Art. 7 behandelt; Abdruck ebd., S. 126.

35) Es räumte im wesentlichen den bis dahin zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien bestehenden Konflikt, der wegen Übernahme der nordwestlichen und südwestlichen Zone sowie der entsprechenden Sektoren in Berlin entstanden war, aus, indem Großbritannien den Amerikanern Bremen, Bremerhaven und Verbindungswege überließ. Abdruck in: Foreign Relations, a. a. O., S. 121 ff.

gab<sup>36)</sup>. Eine letzte Ergänzung wurde durch den Beitritt Frankreichs am 26. Juli 1945 erforderlich, wobei jedoch lediglich die Festlegung einer französischen Zone, die aus Teilen der britischen und der amerikanischen Zone gebildet wurde, und die Übergabe eines Teiles des britischen Sektors in Berlin an Frankreich geregelt wurden<sup>37)</sup>. Diese Bestimmungen haben ihre Geltung bis heute geregelt nicht verloren, soweit interalliiertes Recht in Frage kommt, da die Siegermächte sich über eine andere Regelung nicht einigen konnten.

Die Abmachungen über das Kontrollsystem schufen die Voraussetzungen für die Durchführung der Politik der Siegermächte in Deutschland. Am 14. November 1944 in London beschlossen, in Jalta von den Regierungschefs gebilligt<sup>38)</sup> und mit den Erklärungen der Siegermächte am 5. Juni 1945 verkündet<sup>39)</sup>, setzten sie eine deutsche Verwaltung über Deutschland voraus, die einem Alliierten Kontrollrat unterstellt sein würde. Über diesen bestimmte der Artikel 1: „Die oberste Gewalt in Deutschland wird auf Weisungen ihrer jeweiligen Regierungen von den Oberbefehlshabern der militärischen Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausgeübt, von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und auch gemeinsam in den Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten als Mitglieder des durch das gegenwärtige Abkommen errichteten Kontrollorgans.“ In Artikel 3 wurden Funktionen und Organisation dieses Rates festgelegt, der als ein einheitliches Organ handeln sollte; zu diesen Aufgaben gehörte ausdrücklich die Leitung der Verwaltung Groß-Berlins mit Hilfe der hierzu bestellten Organe. Während sich für den Kontrollrat das sowjetische Verlangen nach Einstimmigkeit der Beschlußfassung durchsetzte, war für die Berliner Kommandantur eine solche Regelung nicht vorgesehen<sup>40)</sup>.

Wohl war der technische Apparat für eine ganz Deutschland erfassende Politik damit geschaffen; ob er aber funktionieren würde, mußte davon abhängen, ob die Siegermächte eine gemeinsame Deutschlandpolitik entwerfen und durchführen konnten. Die Voraussetzungen dazu waren höchst ungünstig, schon allein deswegen, weil nach der Verhaftung der Regierung Dönitz<sup>41)</sup> eine andere, als

<sup>36)</sup> Ebd., S. 118. Ferner S. 124.

<sup>37)</sup> Auszug in: Dokumente zur Berlin-Frage 1944—1959 mit einem Vorwort des Regierenden Bürgermeisters W. BRANDT. Herausgegeben vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin. Ausgewählt und bearbeitet von O. M. VON DER GABLENTZ, H. W. KUHN, C. F. VON METTENHEIM, 1959, S. 44.

<sup>38)</sup> Foreign Relations, a. a. O., S. 124 ff., 970 ff.

<sup>39)</sup> Text in: W. CORNIDES/H. VOLLE: Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941—1948 mit einem Bericht über die Londoner Außenministerkonferenz vom 25. November bis 15. Dezember 1947 (= Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, 6), 1948, S. 77 f.

<sup>40)</sup> Sie konnte aber bei Errichtung der Kommandantur von der Sowjetunion herbeigeführt werden. Vgl. unten S. 188.

<sup>41)</sup> Am 23. Mai 1945. Vgl. W. LÜDDE-NEURATH: Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches, 1950.

gesamtdeutsche Verwaltung in Frage kommende Behörde unter alliierter oberster Gewalt nicht zustande gekommen war. Lediglich in Berlin funktionierten die Abmachungen zunächst, denn hier gab es unterhalb der Alliierten Kommandantur eine deutsche Verwaltung als Magistrat von Groß-Berlin<sup>42)</sup>. Alle übrigen Hoffnungen aber blieben unerfüllt, und die Sonderentwicklung der Zonen Deutschlands sollte schließlich auch zu einer Zerreißung Berlins führen.

In unseren einleitenden Überlegungen haben wir die Frage der Kriegszielpolitik der Mächte gestreift und dabei gesehen, daß die Zerstckelungsplne in Jalta wohl noch im Prinzip gebilligt, dann aber stillschweigend aufgegeben wurden. Damit blieb Deutschland, soweit Willenserklärungen der Sieger vorlagen, als Einheit erhalten. Berlin als Sitz des Kontrollrates für Deutschland war Hauptstadt geblieben. Indessen konnten die geschlossenen Abmachungen eine Spaltung nicht verhindern, wenn auch nur eine einzige der jetzt im Kontrollrat vertretenen vier Regierungen die Einheit Deutschlands auflockern oder gar zerstören wollte. Jeder Oberbefehlshaber unterstand der Weisungsbefugnis seiner Regierung, und Einstimmigkeit im Kontrollrat für Deutschland setzte daher übereinstimmende Weisungen der vier Regierungen voraus. Zwar hatte der Rat durch Statut die Pflicht, alle Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen gemeinsam zu entscheiden; aber über ihm oder den vier Regierungen stand keine Instanz, die im Konfliktsfalle verbindlich festlegen konnte, ob eine Angelegenheit Deutschland als Ganzes betreffe oder auf dem Gebiete einer einzelnen Zone und nur für diese geregelt werden könne. So erklärt es sich, daß der Rat wohl eine Anzahl negativer Beschlüsse fate, die Angelegenheiten betrafen, die im Interesse aller Siegermächte lagen, aber keine positiven, also solche, die im Interesse eines künftigen Deutschlands liegen konnten. Berlin mit seinem Sonderstatus, der Kommandantur und damit dem Kontrollrat unmittelbar unterstellt, mußte schon die leisesten Veränderungen im Verhältnis der Großmächte zueinander empfinden und widerspiegeln.

Diesen Beziehungen der Großmächte müssen wir daher unsere Aufmerksamkeit zunächst zuwenden. Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgte unter dem Präsidenten Roosevelt und zunächst auch noch unter dessen Nachfolger Truman eine Politik der unbedingten Kooperation mit der Sowjetunion, nicht nur in bezug auf Deutschland, sondern auch in bezug auf Europa und die übrige Welt. Sie ging von der Voraussetzung aus, daß nach der Zerschlagung Deutschlands und Japans Amerika keine eigene aktive Politik zu betreiben brauche, sondern gemeinsam mit der Sowjetunion eine Weltorganisation aufbauen werde, in der die solchermaßen Vereinten Nationen gemeinsam die Welt im Zustande einer friedlichen Entwicklung halten würden. Roosevelt und viele seiner engsten Mitarbeiter sahen nicht in der Sowjetunion, sondern in Großbritannien diejenige Macht, welche am ehesten den Prinzipien einer solchen Weltorganisation

---

<sup>42)</sup> Die Mitglieder des ersten Nachkriegs-Magistrats waren von dem sowjetischen Stadtkommandanten ausgesucht und am 14. Mai 1945 von Marschall Shukow bestätigt worden.

entgegengetreten würde, und die politische Strategie der Vereinigten Staaten am Ausgange des Zweiten Weltkrieges war weitgehend davon bestimmt, England die Möglichkeit einer künftigen Großmachtpolitik zu nehmen<sup>43)</sup>.

In dieser Philosophie zählte Großbritannien mit Belgien, den Niederlanden, Frankreich und anderen europäischen Staaten zu den Kolonialmächten, die daran zu hindern waren, ihre Herrschaft außerhalb ihrer eigenen Heimatländer wieder aufzunehmen. Kann man in dieser Auffassung noch eine zwar radikal vereinfachende, die objektiven Schwierigkeiten übersehende, in der Zielsetzung aber zu begrüßende Ausdehnung des Selbstbestimmungsrechtes auf alle Völker der Welt sehen, so ist es schwerer zu begreifen, daß gleichzeitig die Sowjetunion als antiimperialistische, jeder Kolonial- oder Unterwerfungspolitik abholde Macht angesehen wurde<sup>44)</sup>.

Roosevelt war immer geneigt, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Churchill und Stalin die Sowjetunion zu unterstützen, und äußerstenfalls sah er die Aufgabe der Vereinigten Staaten darin, zwischen den beiden Kriegspartnern zu vermitteln. Zwar blieb auch ihm nicht verborgen, daß die bolschewistische Demokratie bisweilen befremdliche Züge zeigte, aber er war fast immer geneigt, dies aus der Unsicherheit seiner sowjetischen Verhandlungspartner oder aus einem zu harten Auftreten der Briten zu verstehen und damit zu entschuldigen<sup>45)</sup>. Selbst die sowjetische Polen-Politik verursachte ihm nur ein leichtes Unbehagen, und noch im Juni 1944 erklärte er dem polnischen Ministerpräsidenten Mikolajczyk, Stalin sei Realist, aber kein Imperialist, und man dürfe nicht außer acht lassen, daß das Sowjetregime noch wenig Erfahrungen in der Pflege internationaler Beziehungen habe<sup>46)</sup>.

Nimmt man dazu die bis in den Sommer 1945 hinein vermutete Notwendigkeit, die Hilfe der Sowjetunion bei der Niederwerfung Japans zu gewinnen<sup>47)</sup>, so versteht man, warum die amerikanische

<sup>43)</sup> Daß Roosevelt nicht bereit war, auch echte britische Interessen in Europa zu schützen, hat er ausdrücklich in einem Privatgespräch erklärt. Vgl. E. ROOSEVELT: *As He Saw It*, New York, 1946, S. 186. — Freilich darf der Kritiker der amerikanischen Weltpolitik der 40er Jahre nicht übersehen, daß in breiten Kreisen der Vereinigten Staaten die Überzeugung vorherrschte, ein erneuter Mißbrauch der Macht ihres Landes durch die Westmächte Europas — wie am Ende des Ersten Weltkrieges — müsse in jedem Falle verhindert werden.

<sup>44)</sup> Zu dieser sonderbaren Einschätzung wird die Tatsache beigetragen haben, daß sich die russisch-sowjetische Expansions- und Kolonialpolitik im wesentlichen Ziele auf dem europäischen und asiatischen Festland suchte und auf überseeischen Landgewinn im allgemeinen verzichtete.

<sup>45)</sup> Dies führte vor allem auf der Konferenz von Jalta zu folgenschweren Entscheidungen.

<sup>46)</sup> ST. MIKOLAJCZYK: *The Pattern of Soviet Domination*, London 1948, S. 65.

<sup>47)</sup> Ausgezeichnete Zusammenfassung des Problems in dem noch auf dünner Quellengrundlage geschriebenen, aber soliden Werk von CH. WILMOT: *Der Kampf um Europa*, 1954, S. 674 ff. — H. FEIS, a. a. O., 505 ff. Auffällig die rücksichtslose Art, in der Roosevelt vitale Interessen des mit Amerika gemeinsam im Kampfe stehenden China preisgab und sogar zustimmte, die chinesische Regierung in Unkenntnis über diese Entscheidungen zu lassen. Daß er damit die politische Autorität der Regierung Tschiang-Kai-Shek im eigenen Lande untergraben mußte, scheint ihm keine Überlegungen abgenötigt zu haben.



Politik sowjetische Expansionswünsche, wenn sie nur einigermaßen getarnt waren, eher begünstigte als behinderte. Präsident Truman, der erst 1944 zum Vizepräsidenten gewählt und völlig überraschend ins Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestiegen, mit den Geschäften nur oberflächlich vertraut und auf den Rat der Mitarbeiter Roosevelts angewiesen war, konnte durch die Niederlage Deutschlands und den bevorstehenden Endkampf in Ostasien sofort vor allerschwersten Entscheidungen gestellt, zunächst schwerlich eine neue Politik entwickeln und durchsetzen<sup>48)</sup>.

Die britische Politik, bis zu den letzten Tagen der Potsdamer Konferenz<sup>49)</sup> von Churchill geleitet, bemühte sich hingegen, die Ausbreitung der sowjetischen Macht in bestimmten Grenzen zu halten. Indessen war Großbritannien bereits längst in Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten<sup>50)</sup> und konnte gegen deren Willen keine nennenswerten Erfolge mehr erzielen. Churchills Bemühungen, auf dem Balkan festen Fuß zu fassen oder doch wenigstens den Feldzug in Italien so energisch voranzutreiben, daß Truppen der Westmächte durch ihr bloßes Vorhandensein die sowjetische Expansion aufhalten würden, stießen, ebenso wie sein Wunsch, nach dem Siege im Westen möglichst schnell und möglichst tief nach Mitteleuropa vorzudringen, auf den verständlichen Widerstand der Sowjetunion wie aus den genannten Gründen auf die unbedingte Ablehnung der Vereinigten Staaten<sup>51)</sup>.

Nicht nur viele Politiker, sondern auch die einflußreichsten Generale und Admirale Amerikas sahen in diesen Wünschen lediglich den Versuch, britische Kolonial- und Interessenpolitik mit amerikanischer Hilfe zu betreiben<sup>52)</sup>. Die amerikanische Tradition, Krieg ausschließlich als eine Folge von Kampfhandlungen zur möglichst schnellen Zerschlagung des Gegners, nicht aber als ein Mittel der Politik anzusehen<sup>53)</sup>, führte daher zu folgenschweren Entscheidungen, die unter anderem Stalin die Eroberung Wiens, Prags und Berlins ohne jedermann erkennbare Mitwirkung seiner Alliierten ge-

---

<sup>48)</sup> Vgl. H. TRUMAN: Memoiren, 2 Bände, 1955/1956. Aus ihnen geht klar hervor, daß der neue Präsident ursprünglich keineswegs beabsichtigte, eine andere Politik als sein Vorgänger zu betreiben.

<sup>49)</sup> 17. Juli bis 2. August 1945.

<sup>50)</sup> Möglicherweise ist schon Churchills zeitweilige Zustimmung zu den Prinzipien des Morgenthau-Plans von dem Gefühl bestimmt worden, die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung der Vereinigten Staaten nicht aufs Spiel zu setzen.

<sup>51)</sup> Dies gilt in Europa vor allem für den Balkan, auf dem Griechenland von einer kommunistischen Machtergreifung schwer bedroht wurde, ferner für Mitteleuropa, bei dessen Eroberung Churchill sich vergebens bemühte, soviel Territorium wie möglich von Truppen der Westmächte besetzen zu lassen.

<sup>52)</sup> Vor allem der Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte, Admiral King. Aber auch Marshall (Heer) und Arnold (Luft) wie auch der alliierte Oberbefehlshaber Eisenhower waren grundsätzlich dieser Auffassung.

<sup>53)</sup> Daß die amerikanischen Berufsoffiziere eine solche Auffassung hatten, ist schließlich noch zu verstehen; daß der Präsident diesen Standpunkt teilte, ist verhängnisvoll gewesen. Das ging soweit, daß der Außenminister nicht einmal an Sitzungen teilnehmen durfte, in denen die großen strategischen Entscheidungen fielen. Vgl. C. HULL: Memoirs, 2 vols., London 1948, S. 1110.

statteten. Nicht nur innerhalb der Sowjetunion, sondern in weiten Teilen der Welt wurde Stalin damit als der eigentliche Sieger über Hitler angesehen. Das rein militärische Denken der amerikanischen Führungskreise hatte die politischen Überlegungen der Briten beiseite gefegt.

Frankreich hatte an der Bestimmung der Deutschland-Politik zunächst kaum einen Anteil. Zwar schloß die provisorische Regierung des Generals de Gaulle schon am 10. Dezember 1944 einen Bündnis- und Beistandsvertrag mit der Sowjetunion ab<sup>54)</sup>. Schließlich ist es aber nur dem unermüdlichen Drängen Churchills zu verdanken gewesen, daß Frankreich in den Kreis der Siegermächte und in den Kontrollrat aufgenommen wurde<sup>55)</sup>; gleichwohl wurde es nicht zur Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 eingeladen. Seine Mitarbeit im Kontrollrat wirkte sich durchaus negativ aus, denn gerade, weil es an der Potsdamer Konferenz, auf der die Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen beschlossen worden war<sup>56)</sup>, nicht teilgenommen hatte, hielt es sich für berechtigt, jeder Vereinheitlichung Deutschlands entgegenzutreten, weil es im Westen Deutschlands eigene, sehr weitgehende territoriale und wirtschaftliche Wünsche durchzusetzen hoffte<sup>57)</sup>.

Als einzige Siegermacht hat die Sowjetunion einen ungeheuren Land- und Machtgewinn aus dem Zweiten Weltkriege davongetragen<sup>58)</sup>. Es gelang ihr, teils ausdrücklich, teils faktisch, alle Eroberungen, die sie dem Pakte mit Hitler verdankte<sup>59)</sup>, von den Westmächten sanktionieren zu lassen. Darüber hinaus konnte sie ihr eigenes Staatsgebiet nach Westen vorschieben und sich Satellitenstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa schaffen, die Ausgangsbasen einer weiteren Expansion werden konnten.

In ihrer Deutschland-Politik verfolgte sie zunächst zwei einander eigentlich ausschließende Ziele, wenn sie einmal eine maximale Ausbeutung Deutschlands, andererseits die Schaffung eines kommunistischen Deutschlands oder eines kommunistischen Teildeutschlands anstrebte. Diese doppelgleisige Politik war freilich nur solange möglich, wie die Vereinigten Staaten der Rooseveltischen Konzeption folgten; weder das geschwächte England noch das am Rande des Chaos

---

<sup>54)</sup> Über die Entwicklung vgl. *Foreign Relations*, a. a. O., S. 288 ff.

<sup>55)</sup> Vgl. ebd., mehrfach.

<sup>56)</sup> Abschnitt III. Deutschland, A Politische Grundsätze 9 IV. Text bei W. CORNIDES / H. VOLLE, a. a. O., S. 78 ff., die Bestimmung S. 82.

<sup>57)</sup> Neben der Aufteilung Deutschlands und einer Sonderregelung für das Ruhrgebiet, das deutscher Verfügung entzogen werden sollte, scheint zeitweilig ernsthaft die Rheingrenze angestrebt worden zu sein.

<sup>58)</sup> Das unmittelbare Staatsgebiet der Sowjetunion wurde 1939/40 durch die Hälfte des polnischen Staates, Bessarabien, Nordbukowina, Lettland, Estland, Litauen, Teile von Finnland, im Ausgange des Zweiten Weltkrieges durch Teile Ostpreußens und die Karpatho-Ukraine sowie durch Gebiete in Ostasien erweitert. Vor allem hat die Schaffung eines riesigen Satellitenreiches in Europa (Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, Mittel- und Ostdeutschland, zunächst auch Jugoslawien und Albanien) die Sowjetunion zu einer gigantischen Kolonialmacht neuer Art gemacht.

<sup>59)</sup> Mit allein fast 23 Millionen Einwohnern.

stehende Frankreich waren für Stalin Faktoren, die er in seine politische Rechnung einbeziehen mußte.

Der Wechsel der amerikanischen Politik unter Truman<sup>60)</sup> dürfte für Stalin nicht nur unerwünscht, sondern auch unerwartet gekommen sein; zweifellos hatte er nicht angenommen, daß Amerika sich dauernd in Europa engagieren könnte<sup>61)</sup>, und Roosevelt hatte ihm wiederholt versichert, der Kongreß werde niemals dulden, daß amerikanische Soldaten länger als zwei Jahre nach Kriegsende in Deutschland bleiben dürften<sup>62)</sup>. Indem Truman zunächst in der türkischen und griechischen Frage<sup>63)</sup> die britische Politik zu unterstützen begann, leitete er einen Kurswechsel ein, dessen Folgen in Deutschland bald sichtbar wurden.

Die rein technischen Bestimmungen über die Verwaltung Deutschlands allein konnten nun nicht mehr genügen. Ohnehin war Stalin durch eine Reihe von tiefgreifenden Maßnahmen von den Voraussetzungen, unter denen sie beschlossen worden waren, abgewichen. So hatte er schon 1945 Ostpreußen zwischen der Sowjetunion und Polen geteilt und ganz Ostdeutschland bis zur Oder und zur westlichen Neiße polnischer Verwaltung bei gleichzeitiger Austreibung der deutschen Bevölkerung unterstellt<sup>64)</sup>. Auf der Potsdamer Konferenz war es ihm gelungen, die faktische Billigung dieser Vertragsbrüche durch die Westmächte zu erlangen, wenn diese auch in der Rechtsfrage, wonach dauernde Gebietsveränderungen einem Friedensvertrage vorbehalten sein müßten, fest blieben<sup>65)</sup>. Dazu kamen Maßnahmen, die dazu bestimmt waren, die sowjetische Besatzungszone zu bolschewisieren, obwohl Stalin unter den gegebenen Umständen noch kein Interesse daran haben konnte, Deutschland formell zu spalten, boten ihm doch die guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten enorme wirtschaftliche Vorteile bei der Ausbeutung auch Westdeutschlands<sup>66)</sup>.

Diese Kooperation mit den Vereinigten Staaten hatte sich bis tief in das Jahr 1946 hinein mit dem Aufbau eines kommunistisch wer-

<sup>60)</sup> Formuliert in der Rede vor beiden Häusern des Kongresses am 12. März 1947, die als „Truman-Doktrin“ bekannt wurde. Sie garantierte allen Völkern, deren Freiheit von militanten Minderheiten oder durch Druck von außen bedroht sei, den Beistand der Vereinigten Staaten. Vgl. H. S. TRUMAN, a. a. O. II., S. 114 f.

<sup>61)</sup> Was auch die englische Regierung annahm, die gerade deshalb die sowjetische Expansionspolitik zu begrenzen wünschte.

<sup>62)</sup> Diese Erklärung gab der Präsident sogar in der 2. Plenarsitzung in Jalta am 5. Februar 1945 vor der Gesamtheit der beteiligten Delegationen ab. Vgl. Foreign Relations, a. a. O., S. 628.

<sup>63)</sup> Über seine Motive vgl. H. S. TRUMAN, a. a. O. II., S. 102 ff.

<sup>64)</sup> Vgl. dazu: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. In Verbindung mit A. DIESTELKAMP, R. LAUN, P. RASSOW und H. ROTHFELS bearbeitet von TH. SCHIEDER (= Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, I/1, I/2), o. J.

<sup>65)</sup> Vgl. dazu: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. In Verbindung mit A. DIESTELKAMP, R. LAUN, P. RASSOW und H. ROTHFELS bearbeitet von TH. SCHIEDER (= Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, I/1, I/2), o. J.

<sup>66)</sup> Vornehmlich durch Sachreparationen.

denden Mitteldeutschlands und einer kommunistischen Vorherrschaft in Berlin ohne Schwierigkeiten vereinbaren lassen. Die sowjetische Militärverwaltung war auf keinen Einspruch gestoßen, als sie bereits im Sommer 1945 nur für ihre Zone, zu der sie die Gebiete ostwärts von Oder und Neiße nicht mehr rechnete<sup>67)</sup>, einen zentralen Verwaltungsapparat unter kommunistischer Oberleitung, wenn auch unter Beteiligung nichtkommunistischer Fachleute, errichtete; er war für ganz Mitteldeutschland zuständig und konnte jederzeit zu einer Regierung ausgebaut werden<sup>68)</sup>.

Radikale Enteignungen in der Industrie wie in der gewerblichen Wirtschaft, angeblich bestimmt zur Bestrafung der Kriegsverbrecher<sup>69)</sup>, gefolgt von der sogenannten demokratischen Bodenreform<sup>70)</sup>, hatten schon bis Anfang 1946 die Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands verändert. Alle Beamten- und Angestelltenverhältnisse im öffentlichen Dienst wurden aufgehoben, und die sowjetischen Vertreter konnten jede Stelle mit ihren Vertrauensleuten besetzen<sup>71)</sup>. Anfänge einer „demokratischen“ Schul- und Hochschulreform<sup>72)</sup> ließen erkennen, daß in absehbarer Zeit ein sorgfältig geseibter, kommunistischer Führungsnachwuchs für alle Lebensbereiche vorhanden sein würde. Sachlich widersprachen alle diese Maßnahmen den interalliierten Abmachungen, da diese, wie wir gesehen haben, von der Einheit Deutschlands ausgingen. Die Sowjetunion aber begründete sie geradezu mit diesen Abmachungen, da sie unter Demokratisierung Deutschlands eben dessen Bolschewisierung verstand, und die Sowjetvertreter griffen in steigendem Maße die Westmächte an, indem sie behaupteten, daß diese entgegen den getroffenen Vereinbarungen die Demokratisierung Deutschlands nicht durchführten<sup>73)</sup>.

---

67) Zur Hinnahme dieser Auffassung, wenn auch unter Aufrechterhaltung des Grundsatzes, daß eine Grenzziehung Sache des Friedensvertrages sei, hatte Stalin Churchill und Truman in Potsdam veranlassen können.

68) Der Befehl wurde erst unterm 12. September 1945 bekanntgegeben. Vgl. Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland — Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1, 1945, 1946. Tatsächlich war der Befehl (Nr. 17) bereits am 27. Juli 1945 erlassen worden.

69) Vgl. dazu jetzt: Die Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone und die Verwaltung des Vermögens von nicht in der Sowjetzone ansässigen Personen. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn und Berlin, 31962.

70) Ebd. — Vgl. auch: ST. DOERNBERG: Die Geburt eines neuen Deutschland 1945—1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, 1959, Kapitel III—V, S. 127 ff. (offiziös-kommunistisch).

71) Befehl Nr. 66 der SMA vom 17. September 1945.

72) Vgl. dazu: M. G. LANGE: Totalitäre Erziehung. Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, 3), 1954. — M. G. LANGE: Wissenschaft im totalitären Staat. Die Wissenschaft der Sowjetischen Besatzungszone auf dem Weg zum „Stalinismus“ (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, 5), 1955.

73) Vgl. dazu etwa ST. DOERNBERG, a. a. O., S. 51 ff.

Auch Berlin wurde, ungeachtet seines Vier-Mächte-Status, zunächst in diesen Entwicklungsprozeß hineingerissen<sup>74)</sup>. Hier hatte die Sowjetunion die Chance ausgenutzt, welche ihr General Eisenhower gegeben hatte, als er den ihm unterstellten Verbänden untersagte, den Marsch nach Berlin fortzusetzen, der nach der Frontlage im Frühjahr 1945 zweifellos zu einer frühzeitigeren Besetzung Berlins geführt haben würde, als es durch die erst am 16. April 1945 beginnende Endoffensive der Roten Armee möglich sein konnte<sup>75)</sup>. Dadurch hatte der Chef der sowjetischen Militäradministration, Marschall Shukow, nicht nur seine Zone, sondern auch Berlin von Grund auf umgestalten können<sup>76)</sup>. Stalin gelang es, den Einmarsch von Truppen der Westmächte in die ihnen vertragsmäßig zustehenden Berliner Sektoren um mehrere Wochen zu verzögern<sup>77)</sup>; Präsident Truman weigerte sich andererseits, die Räumung von Gebieten, welche für die sowjetische Okkupation vorgesehen, aber während der Kampfhandlungen von Truppen der Westmächte erobert worden waren, als Vorbedingung der Besetzung der den Westmächten übertragenen Sektoren Berlins durch ihre eigenen Truppen anzuerkennen<sup>78)</sup>.

So war deren Stellung in Berlin von Anfang an geschwächt. Zugangswege nach Berlin waren nicht verbindlich bestimmt worden, wengleich die militärischen Befehlshaber nachträglich zu Regelungen gelangten, welche die unbestrittene Zustimmung aller Beteiligten fanden<sup>79)</sup>. Die Sowjetunion weigerte sich auch, die Versorgung der Bevölkerung der Westsektoren Berlins aus Beständen ihrer Okkupationszone zu gestatten; die Westmächte wurden dadurch gezwungen, Versorgungsgüter über weite Entfernungen nach Berlin zu transportieren<sup>80)</sup>. Freilich hatte diese Entscheidung eine für die

<sup>74)</sup> Hierzu seien angeführt: Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945—1946. Herausgegeben im Auftrage des Senats von Berlin. Bearbeitet vom Landesarchiv Berlin, Abteilung Zeitgeschichte. Gesamtleitung A. LAMPE, 21961 = A. LAMPE, a. a. O. — G. KOTOWSKI: Der Kampf um die Selbstverwaltung in Berlin. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Spaltung der Stadt, in: Jahrbuch für die Geschichte des deutschen Ostens, I., 1952 (Festgabe Meinecke), S. 171 ff. — Berlin. Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946—1948. Herausgegeben im Auftrage des Senats von Berlin. Bearbeitet vom Landesarchiv Berlin, Abteilung Zeitgeschichte. Gesamtleitung A. LAMPE, 1959. [Beide Senatsveröffentlichungen mit Darstellung von H. HERZFELD eingeleitet.] — A. LAMPE: Berlin — Hauptstadt im geteilten Deutschland [in: Heimatchronik Berlin, 1962, S. 473 ff.] — K. P. SCHULZ: Berlin zwischen Freiheit und Diktatur (1962). Neuerdings: PH. WINDSOR: City on Leave. A History of Berlin 1945—1962, London 1963.

<sup>75)</sup> D. D. EISENHOWER: a. a. O., S. 401.

<sup>76)</sup> Die Berliner Bevölkerung erfuhr sogar erst kurze Zeit vor der Verlegung von Truppen der Westmächte nach Berlin, daß die Stadt nicht zur Sowjetischen Zone gehöre, sondern eine Vier-Mächte-Verwaltung erhalten werde.

<sup>77)</sup> Vgl. dazu: D. D. EISENHOWER, a. a. O., S. 438 ff. — L. D. CLAY: Decision in Germany, Garden City (N. Y.), 1950, S. 30 ff. — F. HOWLEY: Berlin Command, New York (1950), S. 16 ff. — (B. L.) VISCOUNT MONTGOMERY OF ALAMEIN: The Memoirs, London/Glasgow (1958), S. 384 ff. — H. S. TRUMAN, a. a. O., I., S. 287 ff.

<sup>78)</sup> H. S. TRUMAN, ebd., S. 284.

<sup>79)</sup> Vgl. Dokumente zur Berlin-Frage, a. a. O., vor allem Kapitel IV, S. 38 ff.

<sup>80)</sup> Vgl. A. LAMPE, a. a. O., mehrfach, Stichwort „Versorgung Berlins durch die Besatzungsmächte“, Register, R. 508.

spätere kommunistische Politik höchst nachteilige Wirkung, denn sie leitete die immer enger werdende Verbindung der Westsektoren Berlins mit den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, also der künftigen Bundesrepublik Deutschland, ein.

Fast gleichzeitig mit dem Befehl, der die Errichtung der sowjetischen Militäradministration für die östliche Zone Deutschlands mit dem Standort Berlin bekanntgab, erließ Marschall Shukow am 10. Juni 1945 den Befehl Nr. 2, der die Bildung politischer Parteien und freier Gewerkschaften gestattete, sofern diese demokratisch und antifaschistisch seien<sup>81)</sup>. Die Verbündeten wurden von diesem eigenmächtigen Schritt der Sowjetunion überrascht, konnten aber nicht umhin, ihm zu folgen, und auf der Postdamer Konferenz stimmten Briten und Amerikaner ausdrücklich zu. Immerhin dauerte es mehrere Monate, bis solche Organisationen in Westdeutschland gebildet und zugelassen waren, so daß die Sowjetunion in einer für Deutschlands künftige Entwicklung wesentlichen Frage einen beträchtlichen Vorsprung gewonnen hatte. Neben dem Propagandaeffekt, den sie damit in Teilen der deutschen Öffentlichkeit erzielen mußte, konnte sie den Vorteil für sich buchen, zentrale Parteiapparate, die später vielleicht Einfluß auf ganz Deutschland ausüben konnten, ohne Überwachung durch andere Mächte entstehen zu lassen<sup>82)</sup>. Vor allem für Berlin mußte dieses letzte Argument ausschlaggebend sein, denn es lag auf der Hand, um wieviel stärker die Sowjetunion auftreten konnte, wenn die Westmächte bei ihrem schließlichen Eintreffen in Berlin bereits einen deutschen Verwaltungs- und Parteiapparat vorfinden würden, der nach den Prinzipien oder doch mindestens unter der Aufsicht der Sowjetunion gebildet worden war.

Auf Shukows Befehl antwortete die Kommunistische Partei<sup>83)</sup> sofort mit einem bemerkenswert maßvollen Gründungsprogramm, in dem weder das Wort Kommunismus noch auch nur das Wort Sozialismus enthalten war und das lediglich einen Block antifaschistisch-demokratischer Parteien vorsah, der die 1848 begonnene bürgerlich-demokratische Umbildung zu Ende führen sollte<sup>84)</sup>. Dieses Programm war in der Sowjetunion von einer Gruppe deutscher Emigranten unter Pieck und Ulbricht aufgestellt worden, die zum Aufbau einer sowjettreuen Macht in Berlin und der Sowjetzone nach Deutsch-

<sup>81)</sup> Text in: BEFEHLE DES OBERSTEN CHEFS . . . , a. a. O., S. 9 f.

<sup>82)</sup> Freilich hat die Zweigleisigkeit der sowjetischen Deutschlandpolitik einen durchschlagenden Erfolg verhindert. Offenbar unerwünschte Einflüsse auf die Vertreter Mitteldeutschlands und Berlins befürchtend, hat die Sowjetische Militäradministration (SMA) frühzeitige Kontaktaufnahmen mit Vertretern Westdeutschlands verhindert.

<sup>83)</sup> Der Text wurde in der „Deutschen Volkszeitung“ Nr. 1 vom 13. Juni 1945 gedruckt, nachdem er schon zwei bis drei Tage früher als Anschlag erschienen war. Text mehrfach nachgedruckt, u. a. in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Band 1, 1959, S. 14 ff. — Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, herausgegeben von J. HOHLFELD, Bd. VI, 1952, S. 10 ff.

<sup>84)</sup> Man beachte, daß der Ausdruck „Revolution“ nicht einmal im Zusammenhang mit 1848 gebraucht wurde.

land eingeflogen worden war. Von Stalin als künftige deutsche Regierung vorgesehen, dachte sie nicht daran, die ihr von der Militärregierung übertragene Macht noch einmal aus der Hand zu geben<sup>85</sup>). Mit einem kleinen, aber festgefügtten Kaderapparat ausgestattet, konnte die KPD von Anfang an zielbewußt handeln und die sich nach und nach bildenden Parteien ins Schlepptau nehmen. Von der Militärregierung unter allen Umständen gestützt, konnte diese Partei den Wählerwillen entweder ausschalten oder vollständig manipulieren, so daß ihre tatsächliche Macht im sowjetischen Herrschaftsbereich unerschütterlich war. Andererseits verlor sie damit jede Aussicht, Resonanz in den breiten Volksmassen zu gewinnen, denn das bloße Vollzugsorgan einer fremden Regierung konnte innere Zustimmung der Beherrschten nicht erwerben.

Als zweite Partei bildete sich in Berlin die Sozialdemokratie, die sich mit einem weit radikaleren Programm an die Öffentlichkeit wandte<sup>86</sup>). Ohne feste Kader, hatte sie zunächst weit größere Mühe als die Kommunistische Partei, innere Geschlossenheit und Profil zu gewinnen. Im Gründungsprogramm hatte sie die Schaffung der „organisatorischen Einheit“ der Arbeiterklasse vorgeschlagen, was in der Sache auf ein Fusionsangebot an die KPD hinauslief. Allerdings hatte dieses Angebot vorerst keine Folgen, weil Ulbricht darauf bestand, zunächst eine ideologische Klärung in beiden Parteien erfolgen zu lassen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird man annehmen müssen, daß die kommunistischen Spitzenfunktionäre, den deutschen Verhältnissen vollständig entwöhnt, ihre Aussichten auf den Gewinn der Massen außerordentlich überschätzt haben und das Angebot ablehnten, um ihre Machtposition nicht ohne Not mit sozialdemokratischen Spitzenfunktionären teilen zu müssen. Als sich einige Wochen später zeigte, daß nicht die KPD, wohl aber die SPD eine Massenpartei wurde, die einen Zusammenschluß mit der KPD nicht mehr wünschte, war es zu spät, die Fusion noch unauffällig und reibungslos durchzuführen<sup>87</sup>). Sie konnte nurmehr unter offenkundigem Zwange erfolgen, der in Berlin bei Anwesenheit der Westmächte nicht mehr zu einem vollen Erfolge führte. Der entstandene Zeitverlust konnte von den Kommunisten nicht mehr aufgeholt werden.

Wohl gelang es unter schärfstem Druck, die Masse der führenden sozialdemokratischen Funktionäre für die Verschmelzung zu gewinnen, und die Parteiorganisationen in der Sowjetzone waren nicht in der Lage, Widerstand zu leisten<sup>88</sup>). Aber die Berliner Kreisverbände ließen sich, nun in Fühlungnahme mit der im Aufbau befindlichen

<sup>85</sup>) Vgl. dazu: G. KOTOWSKI, a. a. O., S. 173 ff. — W. LEONHARD: Die Revolution entläßt ihre Kinder, 1955, S. 392 ff. — C. STERN: Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, (1957).

<sup>86</sup>) Einzelheiten bei G. KOTOWSKI und K. P. SCHULZ, a. a. O. — Text des Programms in Dokumente und Materialien . . . , a. a. O., S. 28 ff.; J. HOHLFELD, a. a. O., S. 23 ff.

<sup>87</sup>) Vgl. dazu C. STERN, a. a. O., S. 23 ff.

<sup>88</sup>) Da die Besatzungsmacht jeden Widerstrebenden beseitigen konnte, ohne auch nur einen Protest der übrigen Besatzungsmächte zu riskieren.

Partei in Westdeutschland unter dem Vorsitz Kurt Schumachers, nicht mehr gleichschalten<sup>89)</sup>, und so entstand eine komplizierte Lage: In der sowjetischen Okkupationszone bestand nur noch die in SED umbenannte KPD, der Funktionäre und Mitglieder der SPD beizutreten hatten, während die SPD aufgelöst und ihre Neubildung verboten wurde. In den drei westlichen Zonen bestanden SPD und KPD nebeneinander<sup>90)</sup>, und es war ausgeschlossen, daß beide Parteien hier fusioniert werden konnten. In Berlin, und zwar in allen vier Sektoren, bestanden SPD und SED nebeneinander; da hier die SPD nicht unterdrückt werden konnte, war eine entscheidende Voraussetzung für die schwere Niederlage der Kommunisten bei den Kommunalwahlen im Herbst 1946 erhalten worden<sup>91)</sup>.

Auch die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist in Berlin gegründet worden<sup>92)</sup>. Ihre Entstehung bedeutete die einschneidendste Veränderung im deutschen Parteiengefüge. Dabei ist ihre spätere Zusammensetzung von einem Teil ihrer Gründer nicht vorausgesehen worden. Ihre Ansätze führen zurück in die Endphase der nationalsozialistischen Diktatur, in der sich aktive Gegner des Systems aus allen Lagern zusammengefunden hatten. Hierbei waren Pläne für eine vereinigte Arbeiterpartei entwickelt worden, die durch den Zusammenbruch des Aufstandes vom 20. Juli 1944 nicht ausreifen konnten. Die hervorragendsten Führer der Sozialdemokratie, Männer wie Julius Leber, Wilhelm Leuschner und andere, waren getötet worden, und der Wortführer der Christlichen Gewerkschaften, Jakob Kaiser, hatte sich zunächst zurückziehen müssen, um der Verhaftung zu entgehen. Nach dem Zusammenbruch wurde noch einmal ein Versuch unternommen, Mitglieder der Christlichen wie der Freien Gewerkschaften, Zentrumsangehörige und Sozialdemokraten in einer der britischen Labour Party nachzubildenden Deutschen Arbeiterpartei zusammenzufassen. Diese Ansätze aber führten nicht zum Ziel, weil der Zentralausschuß der Sozialdemokratie, der auf marxistisch-klassenkämpferischer Ebene die Vereinigung mit der KPD anstrebte, an solchen Verhandlungen nicht mehr interessiert war. Unter diesen Umständen schlossen sich die Führer der Christlichen Gewerkschaften und der alten Zentrumspartei mit Vertretern der ehemaligen Liberalen in Berlin und in der Sowjetischen Okkupationszone Deutschlands zusammen, wobei sie sowohl die Schaffung einer großen nichtmarxistischen Partei wie auch die Überwindung des konfessionellen Gegensatzes in der deutschen Politik anstrebten.

Die Sowjetbehörden sind von diesen Verhandlungen und ihren Ergebnissen überrascht worden, denn sie hatten an eine Wiederbelebung des Weimarer Parteienschemas, freilich unter Ausschluß der rechts von den gemäßigten Liberalen stehenden Gruppen ge-

<sup>89)</sup> Hierzu jetzt vor allem K. P. SCHULZ, a. a. O., S. 66 ff.

<sup>90)</sup> Die KPD wurde am 17. August 1956 durch Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes als verfassungswidrig aufgelöst.

<sup>91)</sup> Die SPD bestand organisatorisch bis zum Bau der Mauer auch im Berliner Ost-Sektor weiterhin, obwohl sie keine politische Arbeit mehr leisten konnte. Die SED besteht noch heute in ganz Berlin.

<sup>92)</sup> Vgl. dazu G. KOTOWSKI, a. a. O., S. 181 ff.



dacht<sup>93)</sup>. Sie haben die Gründung der neuen Partei nicht untersagt, diese in gewissem Umfange sogar gefördert, wenn auch in den ersten Monaten die Kooperation zwischen Sozialdemokratie und KPD diesen beiden Parteien die eigentliche Unterstützung der sowjetischen Militäradministration einbrachte.

Die neue Partei übernahm die umfassende Sozialstruktur der alten Zentrumspartei, beschränkte sich jedoch nicht auf die katholische Bevölkerung, sondern dehnte sich auf alle christlichen Bekenntnisse aus und erfaßte zugleich weite Kreise der alten Liberalen. Die einzelnen Probleme dieser Partei können wir hier nicht untersuchen. Es muß die Feststellung genügen, daß die CDU, in geringerem Umfange auch die Liberaldemokratische Partei Deutschlands, welche bald darauf von solchen Liberalen gegründet wurde, die vor dem Anschluß an die CDU zurückscheuten, zunächst die Hauptlast des Kampfes gegen eine Zwangsbolschewisierung Mitteldeutschlands und Berlins trugen, weil die Sozialdemokratie in der Phase der Blockpolitik eng mit der KPD zusammenarbeitete. Dies änderte sich nach der Zerschlagung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone in Berlin in gewissem Umfange, da die Berliner SPD nicht, wie CDU und LDP, zur Rücksichtnahme auf ihre Landesverbände und Parteiorganisationen in Mitteldeutschland verpflichtet war und daher eine führende Rolle im Abwehrkampf Berlins übernehmen konnte.

Gleichwohl stellte sich bald heraus, daß man mit einer zurückhaltenden Taktik allenfalls die Entscheidung um wenige Monate hinauschieben, das Schicksal der Gleichschaltung von den Parteiorganisationen in Mitteldeutschland jedoch nicht abwenden konnte. Für alle Parteien in diesem Raume gilt im übrigen, daß die Generalizenz der Besatzungsmacht als für Berlin und die Sowjetzone erteilt angesehen wurde und seitens der Militärregierung keinerlei Schwierigkeiten gemacht wurden, wenn die in Berlin gebildeten Parteileitungen die im Raume der sowjetischen Okkupationszone sich bildenden Parteiorganisationen unter ihrer Oberleitung zusammenfaßten<sup>94)</sup>.

Neben den Parteien haben in Berlin und in Mitteldeutschland auch die Massenorganisationen die Entwicklung beeinflußt. Von ihnen ist die weitaus wichtigste die Gewerkschaftsorganisation gewesen, die als überparteiliche Gründung unter dem Namen Freier Deutscher Gewerkschaftsbund in Berlin entstanden ist. In ihren Spitzengremien besaßen die Kommunisten ursprünglich nur eine starke Minderheit; aber nach der Zerschlagung der Sozialdemokratie und der schrittweisen Gleichschaltung von CDU und LDP in der Sowjetzone gelang es ihnen, die Organisation faktisch zu beherrschen. Hier bedurfte es

<sup>93)</sup> Da keine Partei ohne Lizenz der Besatzungsmacht entstehen konnte, behielt die SMA in jedem Falle die Kontrolle über die Parteien und deren Amtsträger.

<sup>94)</sup> Für die deutschen Politiker lag diese Organisationsentwicklung um so näher, als ihnen, wenn man von den Kommunisten absieht, der für Berlin vorgesehene Sonderstatus erst allmählich bekannt wurde. Freilich hätten sie sich wohl in jedem Falle bemüht, in Berlin als der Reichshauptstadt auch die zentralen Parteileitungen zu errichten.

langwieriger Kämpfe, die in Berlin von einer von den Westmächten erst spät unterstützten Oppositionsgruppe geführt wurden, um wenigstens in den Westsektoren Berlins eine selbständige Gewerkschaftsorganisation zu erhalten, die später dem Deutschen Gewerkschaftsbund beitrug<sup>95)</sup>. Von den übrigen Massenorganisationen sei wenigstens hingewiesen auf die Freie Deutsche Jugend, den Demokratischen Frauenbund Deutschlands, den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. So einflußreich diese allmählich von Kommunisten beherrschten Organisationen in Mitteldeutschland wurden, so unbedeutend sind sie stets in Berlin geblieben<sup>96)</sup>.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß nach der Unterdrückung der Sozialdemokratischen Partei in Mitteldeutschland im Frühling 1946 eine beschleunigte Unterwerfung der Massenorganisationen und schließlich die Gleichschaltung der Parteiorganisationen von CDU und LDP in der sowjetischen Okkupationszone durchgeführt wurde, wobei die Parteien als solche erhalten blieben, jedoch in ihrer Führungsspitze, später auch in ihren mittleren Funktionärskadern entweder direkt von Kommunisten<sup>97)</sup> oder aber von gefügigen Mitläufern aus dem Kreise der Parteifunktionäre regiert wurden. Seit Ende 1947 kann man im mitteldeutschen Raum nicht mehr von Parteien oder Organisationen sprechen, die in irgend einer Hinsicht von der kommunistischen Leitung unabhängig wären; die Gleichschaltung war damit vollzogen. Dagegen ist es niemals gelungen, diesen Prozeß auch auf Berlin auszudehnen. Bis zur faktischen Spaltung im Herbst 1948 haben sich auch noch im Ostsektor Berlins freiheitliche Partei- und Gewerkschaftsorganisationen behaupten können<sup>98)</sup>.

Daß die sowjetischen Pläne zunächst in bezug auf ganz Berlin, dann wenigstens in bezug auf die Westsektoren Berlins fehlschlügen, ist zunächst zurückzuführen auf den Widerstand der hier operierenden Parteien und Gewerkschaftsgruppen, dann aber auch auf die Unterstützung, welche zunächst zögernd, seit 1948 in stärkerem Umfange seitens der Regierungen der Westmächte und insbesondere seitens der Regierung der Vereinigten Staaten erfolgte. Noch für das ganze Jahr 1945 gilt, daß auch die amerikanische Regierung im Interesse einer Erhaltung und Festigung der Freundschaft mit der Sowjetunion jeden Versuch der Berliner Vertreter, gegenüber der erkennbaren Bolschewisierungspolitik Rückhalt bei einer der west-

<sup>95)</sup> Vgl. dazu: Erster Geschäftsbericht der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation Groß-Berlin für die Zeit vom 1. Juni 1948 bis 1. März 1949, 1949, S. 6 ff.

<sup>96)</sup> Diese „Massenorganisationen“ wurden schnell gleichgeschaltet und sind als reine Untergliederungen der Einheitspartei anzusehen. Ihre Leiter erhalten ihre Weisungen vom Politbüro der SED.

<sup>97)</sup> So ist etwa der Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei, die als Sammelorganisation für ehemalige Nationalsozialisten und Berufssoldaten gegründet wurde, der Altkommunist Dr. Bolz.

<sup>98)</sup> Vgl. dazu Anm. 91.

lichen Mächte zu finden, zurückgewiesen oder doch wenigstens nicht ermuntert hat.

Immerhin zeigte sich verhältnismäßig früh, daß die am Orte residierenden Befehlshaber, welche in der Alliierten Kommandantur für Berlin oder im Alliierten Kontrollrat für Deutschland ständigen Kontakt mit den Vertretern der Sowjetunion hatten, in zunächst weniger bedeutenden, schließlich aber auch in entscheidenden Fragen in Konflikte mit ihren weisunggebenden Regierungen gerieten, deren Entscheidungen sie allmählich in einem die Sowjetunion nicht mehr begünstigenden Sinne zu beeinflussen vermochten<sup>99)</sup>. Gleichwohl wäre es ein Irrtum anzunehmen, daß diese in Deutschland diensttuenden Offiziere und Beamten mit einem Gefühl der Sympathie für die Deutschen und ihre Vertreter an die Arbeit gegangen wären. Nicht nur Eisenhower und Montgomery, sondern auch Clay und Robertson, selbst der später in Berlin so populäre amerikanische General Howley kamen voller Verachtung für die Deutschen und mit tiefster Verehrung für die Sowjetunion in die Reichshauptstadt<sup>100)</sup>. Lediglich die praktische Erfahrung in ihrer täglichen Arbeit zeigte ihnen, daß die von der interalliierten Propaganda geschaffenen Klischees höchst gefährlich waren.

Allerdings hatten sie in den ersten Wochen und Monaten so viele Positionen stillschweigend aufgegeben, daß der zögernde und durchaus nicht konsequente Widerstand gegen unzumutbare sowjetische Forderungen<sup>101)</sup> keine durchgreifenden Ergebnisse mehr zeitigte. Die Vertreter der Sowjetunion hatten den unschätzbaren Vorteil ausgenutzt, der ihnen aus dem verzögerten Eintreffen von Truppen der Westmächte in Berlin erwuchs<sup>102)</sup>. Sie hatten nicht nur einen Magistrat für Berlin eingesetzt, der zwar in seiner Mehrheit aus Nichtkommunisten bestand, dessen Schlüsselpositionen jedoch Spitzenfunktionären der Kommunistischen Partei übertragen worden waren. Sie hatten darüber hinaus durch die Entfernung aller Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes Zehntausende von Ämtern freigemacht, die sie nach Ermessen besetzen konnten, wobei auch in diesen Positionen eine große Anzahl von Nichtkommunisten geduldet wurde, unter der Voraussetzung selbstverständlich, daß diese den Weisungen der Besatzungsmacht und den Vorschlägen der innerhalb des Blocks der Parteien führenden Kommunistischen Partei folgten. Auch in den zwanzig Bezirksämtern der Stadt, in den für Berlin so wichtigen Versorgungsbetrieben, vor allem aber in der Polizei der Reichshauptstadt hatte die Besatzungsmacht ähnliche

<sup>99)</sup> Vgl. hierzu vor allem die Erinnerungen von L. D. CLAY und F. HOWLEY, a. a. O., mehrfach.

<sup>100)</sup> F. HOWLEY, a. a. O., S. 11, 87.

<sup>101)</sup> Noch am 27. Juni 1947 wurde der der SMA und der SED höchst unbequeme Stadtrat Dr. Nestriepke (SPD) aus dem Amt entfernt, nachdem sich der amerikanische Kommandant mit Leidenschaft auf den Standpunkt der SMA gestellt hatte, wodurch das Berliner Schul- und Bildungswesen für eine bestimmte Zeit kommunistischer Leitung unterstellt wurde. Vgl. F. HOWLEY, a. a. O., S. 142.

<sup>102)</sup> Über Stalins Taktik vgl. H. S. TRUMAN, a. a. O., I., S. 288 ff.

Verhältnisse geschaffen. Ein schrittweiser Abbau der kommunistischen Machtpositionen ist erst nach den Oktoberwahlen von 1946 erfolgt, hat aber die Bezirke des Ostsektors niemals durchgreifend erfaßt. Bis zu diesem Zeitpunkt ergibt ein Blick auf die politische Struktur der Spitzengremien der Verwaltung, daß die SED fast überall an 50% oder mehr der ausschlaggebenden Positionen in der Hand hatte; bei der Polizei besetzten ihre Angehörigen rund 75% der Führungsstellen<sup>103)</sup>.

An diesen Verhältnissen änderte sich auch nichts, als nach mehrwöchiger Verspätung die Kontingente der westlichen Verbündeten in Berlin eintrafen. Wohl waren ihre Befehlshaber über gewisse Machenschaften des sowjetischen Verbündeten bereits verärgert<sup>104)</sup>; sie sahen jedoch keinen Anlaß, den politischen Zielen der siegreichen Verbündeten zu mißtrauen. Eine ihrer ersten Maßnahmen war ein Befehl der Interalliierten Militärkommandantur der Stadt Berlin vom 11. Juli 1945, welcher lautete<sup>105)</sup>: „Die Interalliierte Kommandantur hat heute die Kontrolle über die Stadt Berlin übernommen. Alle vorhandenen Vorschriften und Anordnungen, die von dem Befehlshaber der Garnison der Sowjetarmee und Militärkommandanten der Stadt Berlin und von der deutschen Verwaltung unter alliierter Kontrolle ausgegeben sind und Ordnung und Verhalten der Bevölkerung von Berlin und ebenso die Verantwortlichkeit der Bevölkerung bei Verletzung dieser Vorschriften und Anordnungen oder bei rechtswidrigen Handlungen gegen alliierte Besatzungstruppen regeln<sup>106)</sup>, bleiben bis zu einer besonderen Bekanntmachung in Kraft.“

Die alliierten Abmachungen über die Verwaltung Berlins hatten nicht vorgesehen, daß das für den Kontrollrat für Deutschland gültige Vetorecht einer Besatzungsmacht auch in Berlin Anwendung finden würde. Indessen gelang es den Sowjetvertretern sofort, dieses für sie so günstige Prinzip auch innerhalb der Alliierten Kommandantur für Berlin durchzusetzen<sup>107)</sup>. Da die übrigen Militärkommandanten einem Kommandanturbefehl beigetreten waren, der sowjetische Anordnungen in Berlin ausdrücklich für gültig erklärte, bis neue Bekanntmachungen erlassen werden würden, bedeutete das, daß jede durchgreifende Änderung der Verhältnisse in Berlin in Zukunft nur mit Zustimmung der Sowjetunion erfolgen konnte.

<sup>103)</sup> Genauere Angaben bei G. KOTOWSKI, a. a. O., S. 191 f.

<sup>104)</sup> Vgl. F. HOWLEY, S. 29 ff. — L. D. CLAY, S. 107 ff.

<sup>105)</sup> Vgl. Dokumente zur Berlin-Frage, a. a. O., S. 43.

<sup>106)</sup> Damit deckten die Kommandanten der Westmächte (Parks/USA, Lyne/UK) ausdrücklich u. a. die Anordnung des Oberbürgermeisters Dr. Werner vom 31. Mai 1945, nach welcher Attentate gegen Angehörige der Besatzungstruppen und Träger öffentlicher Funktionen sowie Brandstiftungen einschließlich der bloßen Kenntnis der Absicht (auch bei Kindern) mit dem Tode bestraft und zugleich die Tötung von 50 „Nazis“ in jedem Einzelfalle angedroht wurde. Text in: Der erste Monat, Berlin im Mai 1945, herausgegeben von der FORSCHUNGSGRUPPE FÜR BERLINER NACHKRIEGSGESCHICHTE, Privatdruck 1954, nach S. 66. Auch in A. LAMPE, a. a. O., S. 616.

<sup>107)</sup> Agreement vom 7. Juli 1945. Text in: Dokumente zur Berlin-Frage, a. a. O., S. 41.

Diese Konzession hatte die weitestreichenden Folgen für das verfassungsmäßige Leben Berlins. Im Jahre 1946 setzten die Generäle Keating, Nares, Lançon und Kotikow eine vorläufige Verfassung für Groß-Berlin in Kraft, die der Sowjetunion fortgesetzte Interventionen ermöglichte<sup>108)</sup>.

Diese Verfassung bestimmte zwar in ihrem Artikel 11: „Die Verordnungen und Anweisungen des Magistrats müssen auf dem gesamten Gebiete Groß-Berlins durchgeführt werden“, enthielt aber zugleich den Artikel 36, in welchem es hieß: „Die Bezirksverwaltung untersteht in ihrer Tätigkeit der Genehmigung der Militärregierung des betreffenden Sektors.“ Es ist verständlich, daß unter diesen Umständen die Weisungsbefugnis des der Kommandantur für Berlin unterstellten Magistrats von Berlin nicht nur überhaupt durch Besatzungsrecht eingeschränkt, sondern auch in jedem Besatzungssektor verschieden ausgelegt werden konnte.

Die Rechtslage in Berlin entsprach also nunmehr im kleinen fast der Deutschlands im großen. Freilich hatte Berlin, anders als Deutschland, eine gemeinsame Selbstverwaltung; aber diese war durch die vorläufige Verfassung, die in Kraft bleiben mußte, bis die vier Besatzungsmächte eine endgültige Verfassung genehmigten oder beschlossen, außerordentlich reduziert. In dem schon angezogenen Artikel 36 heißt es: „Soweit nicht seitens der alliierten Kontrollbehörden anderweitig besonders bestimmt wird, untersteht die Selbstverwaltung Groß-Berlins der Alliierten Kommandatura und in den Sektoren der Militärregierung des betreffenden Sektors. Alle gesetzlichen Bestimmungen, welche von der Stadtverordnetenversammlung, sowie Verordnungen und Anweisungen, welche vom Magistrat angenommen bzw. erlassen werden, müssen im Einklang mit den Gesetzen und Anordnungen der alliierten Mächte in Deutschland und der Alliierten Kommandatura Berlins stehen und von der letzteren genehmigt werden. Verfassungsänderungen, Rücktritt des Magistrats oder eines seiner Mitglieder, sowie Ernennung und Entlassung leitender Personen der Stadtverwaltung können nur mit Genehmigung der Alliierten Kommandatura Berlins vorgenommen werden.“ Die Sowjetunion hat nicht gezögert, die enormen Vorteile, welche ihr diese Bestimmungen boten, bis zum äußersten auszuschöpfen. So hat sie sich nach den Kommunalwahlen von 1946 unter Verweis auf diesen Artikel der vorläufigen Verfassung eine Zeitlang geweigert, den abgewählten, unter kommunistischer Vorherrschaft stehenden Magistrat zu entlassen. Sie hat sich zwar schließlich einer Neubildung des Magistrats auf Grund des Wahlergebnisses nicht mehr in den Weg gestellt<sup>109)</sup>, jedoch nicht zugelassen, daß die öffentlichen Ämter im Ostsektor der Stadt durchgreifend neu besetzt werden konnten. Nach der Spaltung der Stadt haben dann auch die Behörden der Westmächte von diesem Artikel energisch Gebrauch gemacht und eine Anzahl kommunistischer Funktionäre aus leitenden Positionen entfernt, die diese in den Westsektoren der Stadt

<sup>108)</sup> Verordnungsblatt der Stadt Berlin, 1946, S. 294 ff.

<sup>109)</sup> Vgl. dazu K. P. SCHULZ, a. a. O., S. 120 ff., 127 ff., 141 ff.

unter voller Billigung aller Besatzungsmächte bis dahin eingenommen hatten<sup>110)</sup>.

Seit 1946 ist die Freundschaft zwischen den Partnern der Kriegskoalition allmählich zerfallen, und das wirkte sich auch auf Berlin aus. Die eigentlichen Ursachen liegen freilich schwerlich in der Deutschlandpolitik der Mächte oder gar in Differenzen über Berlin; man wird sie vielmehr in Ostasien, im Nahost und auf dem Balkan suchen müssen. Es versteht sich aber von selbst, daß ihre Folgen an jedem Punkte der Erde deutlich werden mußten, wo die Interessen der großen Mächte aufeinanderstießen, und es ist klar, daß auch die Deutschland- und Berlin-Frage von ihnen bestimmt wurden. Schon im September 1946 deutete der amerikanische Außenminister Byrnes in einer vielbeachteten Rede in Stuttgart eine Schwenkung der amerikanischen Deutschlandpolitik an, die sich freilich erst in den Jahren 1947 und 1948 durchzusetzen begann<sup>111)</sup>. Die Auseinandersetzungen in Berlin mußten davon erheblich beeinflußt werden.

Zweifellos hatten lokale Residenten der Vereinigten Staaten, in gewissem Umfange auch des Vereinigten Königreichs, die widerstandleistenden Kreisverbände der Berliner Sozialdemokratie zunächst moralisch, dann auch politisch unterstützt<sup>112)</sup>. Eine anti-sowjetische Politik war damit jedoch keineswegs verbunden gewesen. Auch in den folgenden Monaten ist die Politik der angelsächsischen Mächte durchaus auf eine Verständigung mit der Sowjetunion ausgerichtet gewesen, und noch im Jahre 1948 hat der amerikanische Militärgouverneur, General Clay, einen letzten großangelegten Versuch einer Verständigung mit seinem sowjetischen Partner unternommen<sup>113)</sup>. Aber weder die Mitglieder des Alliierten Kontrollrates noch die ihnen vorgeordneten Regierungen kamen zu einer Einigung.

Inzwischen hatten eine Anzahl von Sitzungen der auf der Potsdamer Konferenz eingesetzten Außenministerkonferenz stattgefunden. Die erste Sitzung hatte schon im September 1945 in London getagt; ihr war eine mehrmonatige Sitzung in Paris im Frühling und Sommer 1946 gefolgt, eine dritte Sitzung hatte im Herbst 1946 in New York stattgefunden, und schließlich war man im Jahre 1947 in Moskau zusammgetreten, um Lösungen nicht nur in der Deutschlandfrage, sondern auch in anderen Angelegenheiten der Weltpolitik vorzubereiten. Schließlich hatte die fünfte Sitzung in London, im Herbst 1947, wie die vorangegangenen, wiederum zu keinen Ergebnissen geführt; sie war sogar abgebrochen worden, weil sich das Verhältnis der großen Mächte zueinander fortgesetzt verschlechtert hatte<sup>114)</sup>. Die Sowjetunion, die, wie wir uns erinnern,

<sup>110)</sup> Dabei ist daran zu erinnern, daß alle Stellungen im öffentlichen Dienst auch in den Berliner Westsektoren ursprünglich von der SMA allein besetzt worden waren.

<sup>111)</sup> Dazu J. F. BYRNES, a. a. O., S. 187 ff.

<sup>112)</sup> Vornehmlich ist hierbei jedoch an Vertreter britischer und amerikanischer Zeitungen zu denken.

<sup>113)</sup> Vgl. dazu L. D. CLAY, S. 350. Es handelte sich um eine gemeinsame Währungsreform.

<sup>114)</sup> Inzwischen hatten die Vereinigten Staaten mit den Vorbereitungen zum Marshall-Plan begonnen.

schon seit dem Sommer 1945 nicht nur ihre Okkupationszone in Deutschland schrittweise bolschewisiert, sondern auch bereits die Grundlagen einer künftigen Regierung für Mitteldeutschland durch die Schaffung der deutschen Zentralverwaltungen gelegt hatte, schritt nun zur Gründung einer Deutschen Wirtschaftskommission, welche trotz dem farblosen Namen in Wirklichkeit bereits eine separate Regierung für die Sowjetzone darstellte<sup>115)</sup>.

Zweifellos ist es heute noch nicht möglich, die sowjetische Deutschlandpolitik in ihren einzelnen Phasen vollständig zu erhellen; soviel aber kann man sagen, daß offensichtlich seit 1947 bei Stalin eine Entscheidung heranreifte, die er sich ersparen konnte, solange er sicher war, die angelsächsischen Mächte in der Deutschlandfrage maßgebend zu beeinflussen. Als die Vertreter der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches im Alliierten Kontrollrat für Deutschland und in der Alliierten Kommandantur den Wünschen der sowjetischen Vertreter noch im wesentlichen nachkamen, hatte er keine Veranlassung gehabt, eine Spaltung Deutschlands voranzutreiben, denn es war für ihn von größtem Vorteil, ein Kontrollrecht über ganz Deutschland, insbesondere ein Mitausbeuterecht auch in Westdeutschland zu behalten, für das er den Westmächten in dem von ihm beherrschten Teile Deutschlands keine Gegenleistung bieten mußte. Offensichtlich ist sich Stalin im Jahre 1947 darüber klar geworden, daß sich diese für ihn so günstige und bequeme Situation verändert hatte und er in Zukunft mit einem Partner rechnen mußte, der eigene Interessen zu wahren beabsichtigte. Unter diesen Umständen konnte er sich keine Vorteile mehr davon versprechen, die Unterwerfung Mitteldeutschlands in der bis dahin gebotenen getarnten Form fortzusetzen; wenn er ohnehin zu einem Bruche mit den Westmächten entschlossen war, konnte er von nun an auch auf das demokratische Mäntelchen für seine Politik verzichten. Das Risiko, das er dabei einging, bestand einmal in dem Verluste seines Einflusses auf Westdeutschland, zum anderen in einer freilich nur entfernt möglichen gewaltsamen Auseinandersetzung mit seinen Kriegspartnern in der Berliner Frage. Hier hat er den Hebel angesetzt, um sich die Stadt zu unterwerfen und damit in bezug auf Deutschland vollendete Tatsachen zu schaffen, die jedenfalls nie mehr zu Ungunsten der Sowjetunion abgeändert werden könnten.

Für die Beurteilung der weiteren Entwicklung muß man berücksichtigen, daß die Okkupationsmächte in Deutschland unter grundverschiedenen Voraussetzungen operierten. Auch in den westdeutschen Besatzungszonen bestand ein Militärregime, das sich mit der allmählich wieder entstehenden deutsche Demokratie ebensowenig vertrug wie das der Sowjetunion in Mitteldeutschland. Alle drei Westmächte waren Demokratien. Sie konnten zwar in einer bestimmten

---

<sup>115)</sup> Begründet durch Befehl Nr. 138 der SMA vom 27. Juni 1947. Ihre Vollmachten wurden ständig erweitert, vor allem durch eine Reihe von Befehlen seit dem 12. Februar 1948. Die entscheidenden Dokumente in: Dokumente zur Staatsordnung der Deutschen Demokratischen Republik, 2. Band. Ausgewählt und herausgegeben von G. ALBRECHT, 1959, S. 121 f., 127, 131, 134 f.

Phase der Nachkriegspolitik im besiegten Lande eine reine Militärdiktatur errichten; sie mußten aber auf der anderen Seite berücksichtigen, daß sie in unüberwindliche Schwierigkeiten geraten würden, wenn sie der sich bildenden deutschen Staatlichkeit allzu schwere Hypotheken aufluden; vornehmlich mußte es jedenfalls auf die Dauer ausgeschlossen sein, den niedrigen Lebensstandard, wie er unmittelbar nach dem Kriege in allen Besatzungszonen Deutschlands bestand, beizubehalten. Besatzungsmächte, die sich das Ziel setzten, Deutschland selbst in einer modifizierten Form der Politik des Morgenthau-Planes zu beherrschen, hätten totalitäre Diktaturen sein müssen, um die verzweifelte Bevölkerung in ihrem Herrschaftsgebiet unter allen Umständen niederhalten zu können. Da hiervon keine Rede war, mußten Briten wie Amerikaner befürchten, daß eine Weiterführung ihrer Politik auf die Dauer entweder zu blutigen Unruhen führen oder aber die westdeutsche Bevölkerung auf die Seite der Sowjetunion treiben würde<sup>116)</sup>. Eine durchgreifende Besserung der Lebensverhältnisse war damit unausweichlich geworden, und diese setzte die Schaffung einer gesunden Wirtschaft voraus, was nur möglich sein konnte, wenn die völlig ruinierte Währung saniert wurde<sup>117)</sup>.

Damit wurde die Frage einer gesamtdeutschen Währungsreform zur Schlüsselfrage einer künftigen Deutschlandpolitik jeder der beteiligten Mächte. Die Verhandlungen auf diesem Gebiet haben lange Zeit in Anspruch genommen und blieben doch ergebnislos<sup>118)</sup>. Im Zusammenhang damit war auf amerikanische Initiative das Besatzungsgebiet der Vereinigten Staaten mit dem der Briten vereinigt worden, und es gelang schließlich, Frankreich zu bewegen, seine Zone mit dieser Bizone zu einer Trizone zu vereinigen. Immer noch bestimmt von dem Wunsche, keine politischen Entscheidungen zu treffen, die eine endgültige Lösung des gesamtdeutschen Problems erschweren könnten, beschränkten sich die Westmächte darauf, in ihren Besatzungszonen reine Wirtschaftsadministrationen mit höchst beschränkten Befugnissen zu schaffen. Um deutlich zu machen, daß diese nicht zu einer Regierung ausgebaut werden sollten, wurden die Amtssitze der verschiedenen Behörden über das westdeutsche Gebiet verstreut.

Die Sowjetunion andererseits hatte schon im Jahre 1945 in der Berliner Innenstadt, die zu ihrem Okkupationssektor gehörte, Zentralverwaltungen errichtet, über welchen sich nun die Institutionen der Deutschen Wirtschaftskommission etablierten. Nach dem geltenden alliierten Recht war dies eine außergewöhnlich riskante Konstruktion, denn die Sowjetunion konnte damals noch nicht hoffen, Ostberlin oder gar ganz Berlin zu einem Teil der Sowjetischen Okku-

<sup>116)</sup> SMA und SED begannen seit 1946, eine dahinzielende Propaganda gegen die Westmächte zu organisieren. Vgl. z. B. L. D. CLAY, S. 157 f.

<sup>117)</sup> Die Währung wurde durch die praktisch unkontrollierbare Ausgabe von Papiergeld in Deutschland, zu dessen Druck jede einzelne Macht befugt war, derart devastiert, daß jeder Ansatz zur Wirtschaftsbelebung alsbald ergebnislos blieb.

<sup>118)</sup> Vgl. die knappe Zusammenfassung bei E. DEUERLEIN, a. a. O., S. 170 ff.



pationszone Deutschlands zu machen; wenn sie die Separatregierung des von ihr okkupierten Teiles Deutschlands in der von den vier Mächten verwalteten Stadt Berlin errichtete, so hat sie damit zweifellos auf lange Sicht Annexionswünsche angemeldet; aber man geht wohl fehl in der Annahme, daß Stalin bereits in dieser frühen Zeit mit einer unmittelbaren Eroberung ganz Berlins gerechnet hat. Ihm dürfte es vornehmlich darauf angekommen sein, das Prestige, welches Berlin im In- und Auslande als alte deutsche Hauptstadt in Anspruch nehmen konnte, den Zwecken der sowjetischen Politik nutzbar zu machen. Es ist nicht zu bestreiten, daß ihm das in einem bestimmten Umfange gelungen ist.

Nach dem Ausbau seiner Stellung in Mitteldeutschland und Ostberlin, im Dezember 1947 und im Januar 1948<sup>119)</sup>, konnte er sich weitergehende Ziele setzen. Unzweifelhaft hat er damals Berlin sowohl als ein Druckmittel zur Verhinderung einer Zusammenfassung der westlichen Besatzungszonen zu einem provisorischen Staate benutzt, wie er auch auf der anderen Seite dazu übergang, die Vorbereitungen zu einer Annexion ganz Berlins zu treffen. In der kommunistischen Propaganda ist behauptet worden, erst die separate Währungsreform der Westmächte habe die Sowjetunion gezwungen, ihrerseits das von ihr okkupierte Gebiet zu sichern und zugleich ihre eigenen Interessen in Berlin zu wahren<sup>120)</sup>; mit der chronologischen Folge der Ereignisse ist diese Behauptung nicht in Einklang zu bringen. Schon seit dem Januar 1948 haben sowjetische Behörden die alliierten Transporte nach Berlin belästigt; sie haben sich nicht geschämt, Abkommen, die sie aus freien Stücken mit ihren Partnern geschlossen hatten, einseitig zu ändern oder gar aufzukündigen<sup>121)</sup>. Die Vorbereitung einer Blockade Berlins läßt sich deutlich Monate vor ihrer Verhängung erkennen.

Zur Beurteilung der Ereignisse in Berlin wird man gut tun, sich daran zu erinnern, daß fast zur selben Zeit in der Tschechoslowakei ein kommunistischer Staatsstreich mit Erfolg durchgeführt wurde und daß der sowjetische Vertreter bereits im März 1948 den Alliierten Kontrollrat für Deutschland verlassen hat. Der Alliierte Kontrollrat ist bis heute nicht aufgelöst worden; er hat jedoch durch die Abwesenheit des sowjetischen Vertreters seit dem Frühjahr 1948 keine gesamtdeutschen Funktionen mehr ausgeübt; und wenn wir uns der Stellung, welche Berlin in den internationalen Abmachungen ein-

<sup>119)</sup> Vgl. die aufschlußreiche Darstellung dieser Entwicklung bei ST. DOERNBERG, a. a. O., S. 108 ff.

<sup>120)</sup> Diese alte Propagandathese ist neuerdings fast ganz aufgegeben worden. Vgl. etwa ST. DOERNBERG, a. a. O., der sie nicht mehr vertritt. Über diese wichtige Neubewertung der ersten Nachkriegsphase durch die SED und die Anerkennung der Thesen, die noch vor wenigen Jahren als verlogene Behauptungen unverbesserlicher kalter Krieger bezeichnet wurden, habe ich in der Rezension einer wichtigen Schrift von W. HORN nähere Ausführungen gemacht. Vgl. Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Band 11, 1962, S. 403 f.

<sup>121)</sup> Diese Entwicklung gipfelte in den Noten der Sowjetunion an die Westmächte vom 27. November 1958, in denen die Sowjetunion unverhohlen die entscheidenden Abkommen mit ihren Kriegsverbündeten „als nicht mehr in Kraft befindlich“ erklärte. Text in: Dokumente zur Berlin-Politik, a. a. O., S. 321.

nahm, erinnern, wird sofort deutlich, welche eigentümliche Problematik damit für die Reichshauptstadt heraufbeschworen wurde.

Die Alliierte Kommandantur für Berlin hatte als das dem Magistrat vorgeordnete Gremium bei aller Abhängigkeit der einzelnen Stadtkommandanten von ihren Regierungen doch diesen Alliierten Kontrollrat für Deutschland als weisungsbefugte Oberbehörde gehabt. Indem dieser außer Funktion trat, hatte die Kommandantur für Berlin, deren Arbeit unter dem Druck der Verhältnisse immer problematischer geworden war, kaum noch Wirkungsmöglichkeiten. Nachdem die Sowjetunion die Durchführung der Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen zum Vorwand der Einführung der Vollblockade genommen hatte<sup>122)</sup>, waren die Westmächte vor die Entscheidung gestellt, ob sie der offenkundigen Erpressung der Sowjetunion nachgeben sollten — was ihre moralische und politische Kapitulation in ganz Europa bedeutete hätte — oder ob sie auf die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung hin ihre Position in Berlin behaupten wollten. Wir wissen, daß damals maßgebende Kräfte bei den westlichen Mächten, auch in den Vereinigten Staaten, für die Aufgabe Berlins eingetreten sind<sup>123)</sup>. Andererseits hat sich gerade auf der Seite der Vereinigten Staaten eine harte Entschlossenheit kundgetan, die fortgesetzten Übergriffe der sowjetischen Macht notfalls auch mit Gewalt abzuwehren.

Hier ist es insbesondere der amerikanische Militärgouverneur, General Clay, gewesen, der versuchte, seine Regierung zu entschlossenen Maßnahmen zu bewegen. Auf ihn geht der Vorschlag zurück, die von den sowjetischen Behörden gesperrten Zugangswege nach Berlin durch Waffengewalt zu öffnen. Clay rechnete mit der Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung, war jedoch davon überzeugt, daß ein Krieg noch am ehesten vermieden werden könnte, wenn die amerikanische Regierung ihr gutes Recht kraftvoll wahrnehmen würde. Hierfür ließ sich Präsident Truman jedoch nicht gewinnen, wobei möglicherweise britische Einflüsse eine Rolle gespielt haben. Er stimmte jedoch dem von den Generälen Clay und Lemay entwickelten Projekt einer Luftversorgung der blockierten Stadt zu und war hier willens und entschlossen, den ungestörten Lufttransport notfalls durch Einsatz von Jagdflugzeugen zu sichern<sup>124)</sup>.

So konnte man die dringend benötigten Versorgungsgüter für die Garnison der westlichen Besatzungsmächte in Berlin, darüber hinaus aber auch für die Bevölkerung der Stadt, beschaffen. Von einem bestimmten Augenblicke an war die Luftbrücke zu so großen Transportleistungen fähig, daß sie die Aushungerung oder Abwürgung Berlins unmöglich erscheinen ließ.

<sup>122)</sup> Zu diesem Problem: W. PH. DAVISON: Die Blockade von Berlin. Modellfall des Kalten Krieges, 1959. Dazu H. S. TRUMAN, II., S. 133.

<sup>123)</sup> Andeutungen über die Auseinandersetzungen bei H. S. TRUMAN, II., S. 135 ff. Dazu: W. PH. DAVISON, a. a. O., S. 139 ff. Vgl. auch: The Forrestal Diaries. Ed. by W. MILLIS, London 1952.

<sup>124)</sup> H. S. TRUMAN, II., S. 139.

In unserem Zusammenhange können wir diese Problematik nicht mehr verfolgen<sup>125)</sup>. Immerhin hat Stalin offenbar bereits im Herbst 1948 erkannt, daß er mit einer Annexion der ganzen Stadt nicht mehr rechnen könne; so leitete er den Staatsstreich im Ostsektor der Stadt ein, nachdem er den russischen Vertreter auch aus der Alliierten Kommandantur Berlin unter einem nichtigen Vorwand zurückgezogen hatte. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung ist die faktische Spaltung der Berliner Stadtverwaltung gewesen, die freilich den persönlichen Kontakt zwischen der Bevölkerung der drei Westsektoren und der des sowjetischen Sektors nicht ernsthaft beeinträchtigt hat. Bis in unser Jahrzehnt hinein haben Arbeitnehmer aus beiden Teilen der Stadt im anderen Besatzungssektor arbeiten können, wenn auch seit den fünfziger Jahren die Bevölkerung des Ostsektors in verstärktem Umfange unter Kontrolle genommen wurde. Im Jahre 1948 war davon jedoch keine Rede. Stalin begnügte sich mit der Spaltung der Stadtverwaltung, nachdem er durch seinen Militär-gouverneur, Marschall Sokolowski, grundsätzlich den Anspruch erhoben hatte, die Oberhoheit über ganz Berlin auszuüben<sup>126)</sup>. Eine praktische Wirkung hatte diese Forderung jedoch nicht, da ihr die Vereinigten Staaten scharf widersprachen und keine der beteiligten Mächte eine Zuspitzung der Krise anstrebte.

So erfreulich die Behauptung Berlins in der Auseinandersetzung der Blockade ist, so ist doch klar, daß die Westmächte hierbei in der Defensive waren und blieben. Der erfolgreiche Widerstand der Berliner Bevölkerung, die technisch hervorragende Leistung vornehmlich der Vereinigten Staaten, aber auch die des Vereinigten Königreiches stellen positive Faktoren in der Nachkriegsentwicklung dar; sie haben zweifellos erheblich dazu beigetragen, daß die jetzt unvermeidlich gewordene Anlehnung der drei westlichen Besatzungszonen an die stärkste Macht des Westens, die Vereinigten Staaten, reibungslos und unter gegenseitiger wachsender Respektierung erfolgen konnte.

Für die Stadt Berlin selbst aber, die von nun an kräftig von den westlichen Zonen Deutschlands, die sich 1949 zur Bundesrepublik Deutschland zusammenschlossen, aber auch von den Vereinigten Staaten von Amerika unterstützt wurde, blieben zahlreiche Probleme offen. Unzweifelhaft hat Berlin zur Entwicklung und zur Stabilisierung der Bundesrepublik einen entscheidenden moralischen und politischen Beitrag geleistet; Berlin ist auch, wenngleich mit einem gewissen Abstände, Partner des Wohlstandes der Bundesrepublik geworden, zu der es nach dem Willen des deutschen Verfassungsgebers als Land gehört. Auf der anderen Seite haben gerade die westlichen Besatzungsmächte den Rechtsstandpunkt der Vier-Mächte-Verwaltung in Berlin stets aufrechterhalten, was dazu führte, daß die entsprechenden Artikel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die einschlägigen Teile der endgültigen Ver-

<sup>125)</sup> Ausführlich bei W. PH. DAVISON, a. a. O.

<sup>126)</sup> So etwa in dem Befehl der SMA an den amtierenden Oberbürgermeister von Groß-Berlin vom 22. Juni 1948. Vgl. Dokumente zur Berlin-Frage, S. 78.

fassung von Berlin suspendiert wurden<sup>127</sup>). Und Berlin war der Möglichkeit beraubt worden, seine Hauptstadtfunction weiter auszuüben, die es als Sitz des Alliierten Kontrollrates für Deutschland noch behalten hatte.

Sehr schnell verlor Berlin die Schlüsselposition in den innerdeutschen Angelegenheiten, so sehr sein moralisches Prestige auch gewachsen war. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, die von dem Berliner Stadtoberhaupt Ernst Reuter energisch befürwortet wurde<sup>128</sup>), konnte überhaupt erst die Voraussetzungen einer Wiedervereinigung der vier Zonen Deutschlands unter freiheitlichen Bedingungen schaffen; sie bedeutete aber andererseits ein Zurücktreten Berlins aus dem eigentlichen politischen Kräftefeld.

Der Kampf um Berlin hatte zugleich gezeigt, daß die beiden Weltmächte in der Deutschlandfrage wenigstens vorübergehend ein Patt in Kauf zu nehmen bereit waren. Es versteht sich von selbst, daß der Zustand, wie er auf Grund der Londoner Abmachungen von 1944 durch die Schaffung von Besatzungszonen geschaffen wurde, politische Entscheidungen in der Deutschlandfrage nicht ersetzen konnte und kann.

Es ist in diesem Zusammenhange nicht mehr unsere Aufgabe, auf die weitere Entwicklung einzugehen. Nur das eine läßt sich zum Abschluß sagen: Die sowjetische Politik, von spektakulären technischen Erfolgen der späten fünfziger Jahre begünstigt, hat zahlreiche und schließlich energischste Versuche unternommen, den seit 1948 deutlicher werdenden Zustand der Einfrierung der Spaltung Deutschlands staats- und völkerrechtlich zu sichern. Motive und Ziele dieser sowjetischen Politik sollen hier nicht im einzelnen analysiert werden. Soviel aber ist klar, daß die Durchsetzung dieser sowjetischen Forderungen zweifellos auf die Dauer zur Eingliederung Berlins in das Sowjetimperium führen müßte. Damit wäre ein Zustand geschaffen, der für die kommunistische Expansionsideologie nur eine Atempause vor neuem Ausgreifen wäre, der jedoch die Moral der Deutschen entscheidend beeinträchtigen würde und von dem noch nicht feststeht, wie er sich auf den Zusammenhalt des westlichen Lagers auswirken könnte<sup>129</sup>).

Wie eingangs bemerkt, hat Berlin im Laufe der Entwicklung eine Bedeutung gewonnen, welche die westlichen Siegermächte ursprünglich nicht vorausgesehen hatten, während die Sowjetunion ihre Deutschlandpolitik von vornherein auf die Gewinnung Berlins an-

<sup>127</sup>) Alle einschlägigen Bestimmungen jetzt zusammengefaßt in: Handbuch des Abgeordnetenhauses von Berlin, IV. Wahlperiode, Teil I (Berlin 1963).

<sup>128</sup>) Vgl. dazu: W. BRANDT/R. LOWENTHAL: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, 1957, S. 477 f.

<sup>129</sup>) Schon allein deshalb, weil die Herausschlagung der Berliner Westsektoren aus dem Gefüge der Bundesrepublik nicht ohne Änderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Berliner Verfassung möglich wäre und zugleich gültige internationale Verträge, so etwa der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten vom 26. Mai 1952 in der durch das Protokoll vom 23. Oktober 1954 abgeänderten Fassung, verletzt werden würden.

gelegt hatte. Berlin ist ebenso wie ganz Deutschland eine längere Zeit passives Objekt der Politik der Siegermächte gewesen, hat aber unter bestimmten Bedingungen auf die Politik dieser Mächte Einfluß nehmen können. Weltpolitische Verschiebungen können die bestehenden Verhältnisse verändern. Eine solche Entwicklung wäre zu begrüßen, wenn angenommen werden könnte, daß allen Beteiligten die Identität der Deutschland- und der Berlin-Frage klar sei. Eine Lösung des Problems ohne Gewährung des Rechtes der Selbstbestimmung könnte dem deutschen Volk nur aufgezwungen werden. Sie würde auf die Dauer schwerste Gefahren auch für diejenigen heraufbeschwören, die in ihr heute eine Forderung realistischer Politik sehen. An einer Lösung der deutschen Frage hingegen, welche die vitalen Bedürfnisse aller beteiligten Völker, also auch die des deutschen Volkes, berücksichtigt, sollten wir gemeinsam geduldig arbeiten.